

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

AZA 3001 Bern

KLOSTERS 2015 - Das 2. KMU-Rating des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv zeigt: Nur SVP und FDP stimmen meist für die Interessen der KMU. Und: In «Bern» braucht's mehr Unternehmer.

Auftakt ins Wahljahr 2015

«Unsere Hoffnung ruht auf dem Oktober - und dem Wunsch, dass mehr Unternehmer den Weg ins Bundeshaus nach Bern finden.» Dies sagte sgv-Präsident Nationalrat Jean-François Rime zum Auftakt der 66. Gewerblichen Winterkonferenz Mitte Januar in Klosters (vgl. auch Interview S. 2). Dass dies dringend nötig ist, zeigt ein Blick auf das vom sgv in Auftrag gegebene KMU-Rating, das neben dem Nationalrat neu auch den Ständerat umfasst. In beiden Räten (vgl. Grafiken auf dieser Seite) liegen jeweils die SVP und die FDP klar vorne, was die Unterstützung von KMU-Anliegen betrifft. Dasselbe Bild bietet sich, wenn man die einzelnen Parlamentarier betrachtet (vgl. S. 4): Auch

hier liegen SVP und FDP weit vorne, während die Mitte mit CVP und BDP mal so, mal anders stimmt. In der Tendenz nicht gewerbefreundlich stimmen die Grünliberalen, meist ganz klar gegen die KMU-Interessen SP und Grüne.

Blaues Blut und rote Köpfe

Glanz brachte S.D. Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein nach Klosters (S. 12). «Klosters 2015» brachte nebst besten Networking-Möglichkeiten aufschlussreiche Erkenntnisse über den Aussenhandel mit der EU und Asien, aber auch heisse Köpfe wegen der Aufhebung der Euro-Untergrenze (S. 5). *En*

SEITEN 2, 4, 5 UND 10-12



Hoher Besuch an der sgv-Winterkonferenz 2015: sgv-Präsident Jean-François Rime und Direktor Hans-Ulrich Bigler durften in Klosters Fürst S.D. Hans Adam II. von und zu Liechtenstein willkommen heissen.

KMU AKTUELL

Billag und «Klosters»

Themen von «KMU aktuell», dem neuen Schweizer Gewerbe-TV auf Schweiz 5, sind das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer und die 66. Gewerbliche Winterkonferenz in Klosters. Dies am **Mittwoch, 28. Januar**, um **21 Uhr**. Alle aktuellen und bisherigen Beiträge der Sendung «KMU aktuell» finden Sie auf dem Vimeo-Kanal des sgv.

LINK

<https://vimeo.com/channels/kmuaktuell>



INHALT

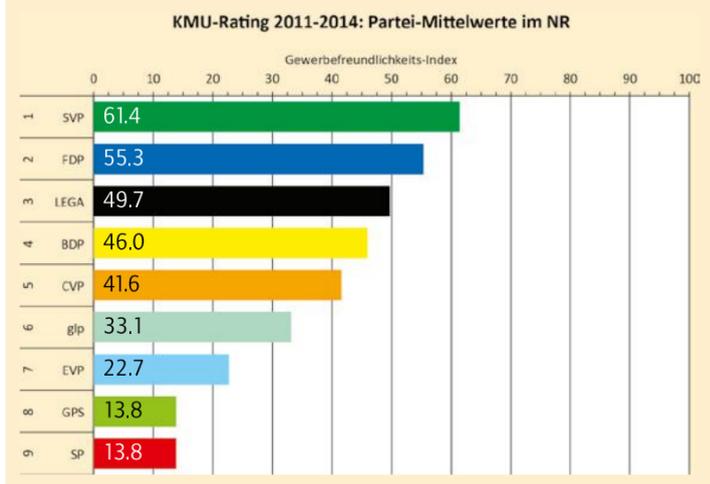
EURO-MINDESTKURS - Zur Abfederung der Frankenstärke sofort Regulierungskosten senken! **SEITE 5**



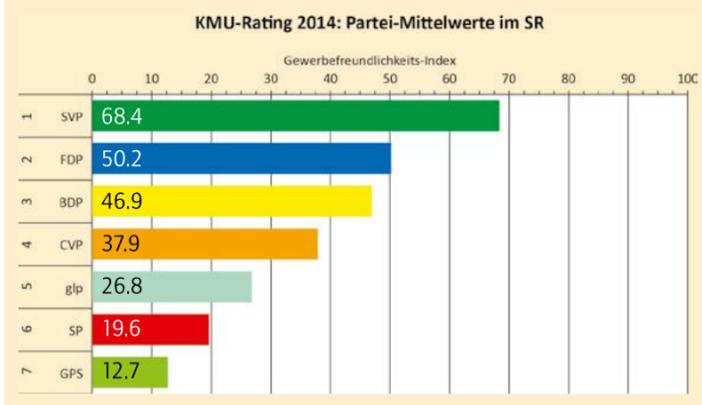
ARBEITSMARKT - Was es braucht, bis anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz einen Job finden. **SEITE 19**



NATIONALRAT: PARTEIEN IN DER 49. LEGISLATUR



STÄNDERAT: FRÜHLING BIS WINTER 2014



NEIN ZUR BILLAG-MEDIENSTEUER - Über 100 000 Unterschriften innert acht Wochen: Der sgv hat das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer in Rekordfrist zustande gebracht.

Volk und KMU setzen sich zur Wehr

Mit dem Einreichen von 102 000 Unterschriften ist der Kampf gegen die neue Billag-Mediensteuer eröffnet. Die hohe Zahl von Unterschriften zeigt deutlich: Das Schweizervolk - und insbesondere auch die KMU - haben die Nase voll von ständig neuen Steuern. Und: Schweizerinnen und Schweizer wollen sich nicht durch die neue Billag-Mediensteuer abzocken lassen.

Nicht am Volk vorbei!

Die Abstimmung über die neue Billag-Mediensteuer findet voraussichtlich am 14. Juni 2015 statt. Der Bundesrat will sich mit der neuen Billag-Mediensteuer die absolute Kompetenz geben lassen, diese künftig ausserhalb jeglicher demokratischer Kontrolle unbeschränkt zu erhöhen.



Breiter Widerstand: Das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer wird in allen Landesteilen nach Kräften unterstützt.

«In den letzten 20 Jahren», so sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler, «haben sich die Abgaben für Radio und TV um 64 Prozent auf 462 Franken erhöht. In dieser Entwicklung ist bis 2030 mit jährlichen Gebühren von bis zu 1000 Franken pro Jahr und Haushalt zu rechnen.» Der Bundesrat wollte die neue Billag-Mediensteuer ohne Abstimmung am Volk vorbeischieben. Dies obwohl gemäss Verfassung zwingend das Volk über neue Steuern entscheiden muss. Dank dem Referendum des sgv hat nun der Souverän das letzte Wort und kann dieses unwürdige Vorgehen mit einem klaren **Nein** verhindern. *En*

SEITE 3

LINK

www.mediensteuer-nein.ch

ANZEIGE

Wo KMU einfach ins Geschäft kommen.
Wir sind einfach Bank.

VALIANT

JEAN-FRANÇOIS RIME – Zum Auftakt des Wahljahrs 2015 gibt der Gewerbepräsident und Nationalrat das Ziel vor: «Es braucht mehr Unternehmer in Bern.»

«Kantone in der Pflicht»

Schweizerische Gewerbezeitung:
Am 18. Oktober wählt die Schweiz ein neues Parlament: Was erhoffen Sie sich als sgv-Präsident von den eidgenössischen Wahlen 2015?

■ **Jean-François Rime:** Ich bin seit 2003 Mitglied des Nationalrats und habe die Entwicklung der politischen Mehrheiten hautnah miterlebt. Bis circa 2007 konnten die Bürgerlichen, zur Hauptsache bestehend aus FDP und SVP, jeweils tagelang die allermeisten Abstimmungen für sich entscheiden. Danach und v. a. in der laufenden Legislatur wurde dies massiv schwieriger. Obwohl wir noch heute auf dem Papier über eine bürgerliche Mehrheit verfügen, besteht im Nationalrat wie auch im Bundesrat de facto eine Mitte-links-Koalition. Das Verhalten der neuen Player BDP und GLP ebenso wie jenes der zunehmend labil agierenden FDP und CVP haben dazu geführt, dass Beschlüsse nach dem Zufallsprinzip gefällt werden – einmal nach bürgerlichem Gusto, oftmals aber leider gegen die Interessen auch der vielen KMU im Land. Diese Situation müssen wir am 18. Oktober verändern.

Wie hat sich die Atmosphäre unter der Bundeshauskuppel in der laufenden Legislatur verändert?

■ Hier gilt es zwischen persönlichen und politischen Beziehungen zu unterscheiden. Die Stimmung unter den einzelnen Parlamentariern, auch über die Parteigrenzen hinweg, ist im Wesentlichen gut.

«DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT BESTEHT NUR NOCH AUF DEM PAPIER.»

Politisch aber kommt es wie gesagt immer öfter zu Zufallsmehrheiten. Verpasst man eine einzige Abstimmung, so kann es bereits zu spät sein. So entstehen am Ende nicht mehr kohärente Vorlagen, die dann weder links noch rechts zu überzeugen vermögen und die in der Schlussabstimmung abgelehnt oder schon vorher an den Bundesrat zurückgewiesen werden. So geschehen bei der 11. AHV-Revision oder bei der Revision des UVG.

Wie kann das bürgerliche Lager im Parlament verstärkt werden?

■ Der Schlüssel dazu liegt in den Kantonen. Je nach Region können intelligente Listenverbindungen sehr hilfreich sein. Die Linke tut dies flächendeckend und meist ohne jedes Zögern – dies sollten im eigenen Interesse auch die Bürgerlichen dort tun, wo es Sinn macht.



«Sie müssen in den Kantonen auf den Schild gehoben werden»: sgv-Präsident Nationalrat Jean-François Rime wünscht sich mehr Unternehmer im Parlament.

BILD: ANDRÉ ALBRECHT

Was können die kantonalen Gewerbeverbände tun, damit dieses Ziel erreicht wird?

■ Die Verantwortlichen in unseren Kantonalverbänden wie auch jene in den Branchenverbänden müssen darauf drängen, dass gewerbenahe Kandidierende auf die Listen gesetzt werden. Sie müssen sich bewusst sein, dass – geht es um die nationalen Wahlen – die Entscheide nicht in Bern, sondern in den Kantonen getroffen werden. Ich kann es nicht genug betonen: Wahlen und Abstimmungen werden an Stammtischen und in den Betrieben gewonnen, nicht in den Hinterzimmern der Parteizentralen! Wollen wir nach dem 18. Oktober 2015 ein neues Parlament, in dem die vitalen Interessen der KMU vermehrt berücksichtigt werden, so geht es nun darum, in den Kantonen entsprechende Kandidaturen zu unterstützen. Ohne ein grosses Engagement der kantonalen und lokalen Gewerbevertreter wird dies nicht möglich sein.

«KMU-KANDIDATEN MÜSSEN IN DEN KANTONEN GEFÖRDERT WERDEN.»

Der sgv hat fürs Billag-Referendum in Rekordzeit mehr als 100 000 Unterschriften gesammelt. Wie wollen Sie nun die Abstimmung gewinnen?

■ Auch hier gilt: Am sgv-Sitz an der Schwarztorstrasse in Bern können wir argumentieren, koordinieren und motivieren. Die nötige Überzeugungsarbeit aber muss an den Stammtischen und in den Betrieben, an lokalen Versammlungen und in den Leserbriefspalten der Lokal- und Regionalzeitungen geleistet werden.

«ALS NÄCHSTER LINKER ANGRIFF FOLGT DIE ERBSCHAFTSSTEUER-INITIATIVE.»

Auch die Erbschaftssteuer-Initiative kommt bald vors Volk. Was stört Sie daran besonders?

■ Durch die neue Mediensteuer käme es zu einer Doppelbelastung – der Betriebsinhaber und die Mitarbeitenden zahlen Billag-Steuer als Privatpersonen und gleich nochmals für die Firma. Noch schlimmer die Erbschaftssteuer; hier würden die Unternehmer gleich dreimal geschöpft: Besteuert würden nicht nur ihre Einkünfte und ihr Vermögen, sondern neu auch ihre Erbschaften. Besonders für Familienbetriebe würde so eine erfolgreiche Nachfolgeregelung schier unmöglich. Die Initiative ist somit nicht bloss ein weiterer linker Angriff auf den Föderalismus, sondern auch eine ganz direkte Attacke auf unsere KMU. Kommt dazu: Wie wollten Verwaltungsbeamte den «Ver-

kaufwert» eines Betriebs samt Privathaus, Autos und z. B. Pferden definieren? Dieser Wert kann nur zwischen Käufer und Verkäufer bestimmt werden, nicht aber von Externen im Rahmen einer Erbschaft. Ein solches Vorgehen führt bloss zu endlosen Streitereien und dient niemandem.

Der frühere Nationalrat und Bildungsexperte Rudolf Strahm hat die welsche Bildungselite in der letzten Gewerbezeitung als «nicht berufsbildungsfreundlich» bezeichnet. Sie setze einseitig auf die Akademisierung. Ist das auch Ihr Eindruck?

■ Die Statistik zeigt: In der Ostschweiz treten drei von vier Jugendlichen nach der Schule eine Lehre an. In Genf sind es gerade einmal 20 Prozent. Tendenziell scheint Strahms Eindruck also leider zuzutreffen.

«IM SGV SIND DIE ROMANDS ANGEMESSEN VERTRETEN.»

Stichwort Romandie: Mit Ihnen als Präsident und Ständerat Jean-René Fournier ist die Spitze des sgv in welschen Händen. Dennoch fühlen sich manche Romands untervertreten. Was sagen Sie ihnen?

■ Mit Pierre Daniel Senn und André Berdoz sind wir im Vorstand sogar vier Romands. Für den sgv trifft der Vorwurf der Untervertretung m. E. nicht zu. Anders bei den Berufsverbänden: Hier kann die Sprachbarriere sehr wohl dazu führen, dass sich Romands als Minderheit fühlen. Ich selber habe aber kein Problem mit den Deutschschweizern: Seit Jahren konnte ich meine Positionen in diversen Verbänden stets erfolgreich einbringen.

Interview: Gerhard Enggist

LINK

www.sgv-usam.ch

DIE MEINUNG

Stimmen, bestimmen – und nun mitbestimmen



Hans-Ulrich Bigler,
Direktor Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

Referendum und Initiative gehören zu den zentralen Errungenschaften unserer direkten Demokratie. Das Volk hat ein abschliessendes Mitspracherecht. Zugegeben, das ist nicht immer bequem. Namentlich, wenn die Politik dem Volk Entscheide lieber vorenthalten möchte. Mit der Einreichung des Referendums gegen die neue Billag-Mediensteuer fordern 102 000 Schweizer Bürger genau dieses Recht auf Mitbestimmung ein. Bereits nach rekordverdächtigen acht Wochen waren die minimal notwendigen Unterschriften beisammen. Ein klares Signal: Die Bevölkerung ist nicht bereit, neben Bundessteuer, Kantonssteuer, Gemeindesteuer, Kirchensteuer, Mineralölsteuer etc. neu auch noch eine neue Billag-Mediensteuer zu bezahlen. Denn die neue Billag-Mediensteuer müssten künftig alle bezahlen – unabhängig davon, ob sie die Programme überhaupt empfangen oder nutzen können. Wer das Pech hat, selbständig erwerbstätig zu sein, wird sogar doppelt zur Kasse gebeten. Obwohl Unternehmer und Mitarbeitende bereits als Privatpersonen zahlen, sollen die Betriebe gleich doppelt eine neue Billag-Mediensteuer abliefern. Der Bundesrat gibt sich mit der neuen Billag-Mediensteuer die absolute Kompetenz, diese künftig ausserhalb jeglicher demokratischer Kontrolle unbeschränkt zu erhöhen. In den letzten 20 Jahren haben sich die Abgaben für Radio und TV um 64 Prozent erhöht. Wird dieser Kostenexplosion kein Riegel geschoben, sind bis in zehn Jahren jährliche Gebühren von bis zu 1000 Franken pro Jahr und Haushalt nicht ausgeschlossen.

In der jüngsten Vergangenheit wurden immer wieder Stimmen laut, die fordern, die Unterschriftenzahlen für Referenden und Initiativen seien zu erhöhen. Dem ist eine klare Absage zu erteilen. Meistens stammt die Forderung aus Kreisen, die selber noch nie ein Referendum lanciert haben. Dementsprechend wissen sie vielfach auch nicht, von was sie sprechen. Tragen wir Sorge zu unseren demokratischen Rechten. Dank dem Referendum des sgv hat der Souverän in der Billag-Frage das letzte Wort. Und das ist gut so.

Doch nicht nur das Billag-Referendum steht in diesem Jahr an. Wie schon früher ist der Schweizerische Gewerbeverband sgv im Hinblick auf die Eidgenössischen Parlamentswahlen 2015 erneut daran interessiert, dass in den Kantonen möglichst viele KMU-Vertreter und Vertreterinnen gewählt werden, die sich zur politischen Stossrichtung des sgv bekennen.

Der Präsident der Berner KMU, Toni Lenz, formulierte es vor einiger Zeit so: «In den eidgenössischen Wahlen ist jeder Kanton ein Wahlkreis. Wir Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden haben es in der Hand, auf die Zusammensetzung der beiden Parlamentskammern Einfluss zu nehmen. Vor den Wahlen zeigen fast alle Kandidierenden ein KMU-freundliches Gesicht. Wie beurteilen wir, ob den Versprechungen auch Taten folgen?» Nun, die Antwort finden Sie, liebe Leser, auf unserer Homepage www.sgv-usam.ch in Form des neusten «KMU-Rating 2011–2014». Diese Auswertung zeigt die Gewerbefreundlichkeit der Mitglieder der Parteien im Nationalrat und erstmals auch im Ständerat.

Mit Blick auf das Politjahr 2015 gilt: **«Stimmen»** – nehmen Sie Ihr Stimmrecht beim Billag-Referendum wahr. **«Bestimmen»** – bezeichnen Sie Ihre KMU-Vertreterinnen und Vertreter in den Parlamentswahlen vom Herbst. **«Mitbestimmen»** – entscheiden Sie für ein starkes Gewerbe und eine gesunde KMU-Wirtschaft. Herzlichen Dank.

ANZEIGE

diga Bürokompetenz
möbel und mehr!

Seit 1859 Partner Nr. 1 des Fachgewerbes. Profitieren Sie bei diga von attraktiven **Gewerbekonditionen auf das gesamte Sortiment!**

1023 Crissier/VD 8854 Galgenen/SZ 4133 Pratteln/BL
8953 Dietikon/ZH 1700 Granges-Paccot/FR 9532 Rickenbach b. Wil/TG
8600 Dübendorf/ZH 4614 Hägendorf/SO
6032 Emmen/LU 3421 Lyssach/BE Info-Service: 055 450 55 55

I d'diga muesch higa!

155
JAHRE / ANS
1859 – 2014

✓ WOHNEN ✓ SCHLAFEN ✓ KÜCHEN ✓ BÜRO www.diga.ch

IMPRESSUM

Herausgeber / Verlag: Schweizerischer Gewerbeverband sgv
Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern – Tel. 031 380 14 14
Fax 031 380 14 15 – verlag@sgv-usam.ch – www.gewerbezeitung.ch
Herausgeber: Hans-Ulrich Bigler, Direktor – **Verlagsleiter:** Urs Wyler

Leitung Kommunikation: Bernhard Salzmann
Redaktion: Gerhard Enggist, Chefredaktor;
Corinne Remund, Stv. Chefredaktorin.
redaktion@sgv-usam.ch, Tel. 031 380 14 14

Anzeigen: Annoncen-Agentur Biel AG, Längfeldweg 135, 2501 Biel,
Tel. 032 344 82 95, anzeigen@gassmann.ch, **Leitung:** Roger Hauser
Herstellung: St. Galler Tagblatt AG – **Auflage:** 105 006 Exemplare (WEMF-Beglaubigung 2014). Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen

DIE KMU WEHREN SICH

«Nichts anderes als eine neue Steuer, die die KMU schröpft»



«Wir bezahlen schon seit Jahren nicht nur an die Billag, sondern auch noch an die Suisa, weil in unserem Geschäft Lautsprecher installiert sind und das Radio somit «öffentlich» ist. Zusammen sind dies jährlich 423.30 Franken. Nach der neuen Regelung würde sich der jährliche Betrag auch für uns auf 1000 Franken mehr als verdoppeln. Die neue Billag-Mediensteuer ist nichts anderes als eine neue Steuer, welche die KMU schröpft. Das brauchen und wollen wir nicht.»

Ruth und Urs Wertli,
Papeterie Wertli, Kloten ZH

«Diese Doppelbesteuerung ist schlicht eine Frechheit»



«Es kann nicht sein, dass unser neunköpfiges Team je 400 Franken bezahlt, und dann zahlen wir nochmals so viel oder noch mehr für unser Geschäft. Diese Doppelbesteuerung ist schlichtweg eine grosse Frechheit. Uns bleibt nichts anders übrig, als die Gebühren zu bezahlen oder die Radios auszubauen, was ein Witz wäre. Die aufgeblasene SRG bereichert sich mit dieser Steuer schlicht und einfach an den KMU. Ich bin dem Schweizerischen Gewerbeverband dankbar, dass er gegen diese neue unnötige Mediensteuer das Referendum ergriffen hat. Es kann und darf nicht sein, dass immer neue Steuern erhoben werden. Die KMU werden immer mehr zu Milchkuh der Nation.»

Doris und Beat Baumberger,
Gärtnerei Baumberger, Koppigen BE

«Gemeinsam gegen diese neue Schikane kämpfen»



«Für uns Garagisten ist diese zusätzliche und unnötige Billag-Mediensteuer eine Katastrophe. Wir erwirtschaften im Autogewerbe in der Regel hohe Umsätze mit minimalen Margen. Unsere Belegschaft zahlt privat im Jahr zusammen rund 13 000 Franken. Hinzu kämen noch die 2500 Franken für den Betrieb. Da kann ich nicht dahinterstehen, das ist schlicht und einfach eine Abzockerei der KMU. Es muss jedem Gewerbetreibenden bewusst sein, welche finanzielle Schikane mit dieser Billag-Abzockerei auf ihn zukommt. Wir müssen alle gemeinsam am selben Strick ziehen und dagegen kämpfen. Diese neue Steuer darf keine Chance haben.»

Andreas Birrer,
Inhaber Auto Birrer AG,
Sursee LU

NEUE MEDIENSTEUER – Mehr als 100 000 Unterschriften zeigen: Schweizerinnen und Schweizer haben genug von stets neuen Steuern. KMU und Private wehren sich dagegen Hand in Hand.

Der Kampf ist eröffnet



Ob Branchenverbände, Kantonalverbände, bürgerliche Parlamentarier oder ganz einfach engagierte Mitbürger allen Alters: Das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer wird weit über die KMU-Landschaft hinaus unterstützt. Der Grund: Weder KMU noch Private wollen sich weiter durch Steuern und Abgaben abzocken lassen.

Mehr als 100 000 Unterschriften gegen die neue Billag-Mediensteuer hat der Schweizerische Gewerbeverband sgv bei der Bundeskanzlei am 12. Januar eingereicht. Das sgv-Referendum war bereits nach rekordverdächtigen acht Wochen mit den minimal benötigten Unterschriften zustande gekommen – am Ende waren es gut doppelt so viele. «Damit ist der Kampf gegen die neue Billag-Mediensteuer eröffnet», freute sich sgv-Präsident Nationalrat Jean-François Rime bei der Übergabe vor den Medien. Die grosse Unterstützung aus allen Landesteilen belege die Wichtigkeit des Themas, so Rime: «Die Schweizer Bevölkerung hat die Nase voll von ständig neuen Abgaben, Gebühren und Steuern.» Schweizerinnen und Schweizer wollten sich nicht durch die neue Billag-Mediensteuer

abzocken lassen, und insbesondere Firmeninhaber lehnten die geplante Doppelbelastung entschieden ab.

Ein klares Signal gegen Abzockerei

«Das ist ein klares Signal», sagte der Gewerbepräsident: «Die Bevölkerung ist nicht bereit, neben Bundessteuer, Kantonssteuer, Gemeindesteuer, Kirchensteuer, Mineralölsteuer etc. neu auch noch eine neue Billag-Mediensteuer zu bezahlen.» Rime dankte allen aktiven sgv-Mitgliedern, den kantonalen Gewerbeverbänden, den Branchenverbänden und den vielen Privaten ebenso wie den Parteien und Jungparteien für ihre Unterstützung beim Sammeln der Referendumsunterschriften. Stellvertretend für sie alle sagte der bei der Übergabe anwesende Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger:

«Das Beispiel Billag-Mediensteuer belegt, wie Unternehmer einmal mehr mit zusätzlichen Steuern belastet werden. Die vorgesehene Doppelbelastung ist schlicht nicht gerechtfertigt.»

Die Staatssender nicht vergolden

Doch nicht nur die drohende Doppelbelastung der Unternehmen – notabene für ein Produkt, das weder sie noch ihre Mitarbeitenden im Betrieb benötigen – ist inakzeptabel. «Mit den zusätzlichen Geldern würde die heute schon teure SRG vergoldet», kritisiert sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler. «Angesichts krasser Fehlleistungen» – Bigler erwähnt etwa SRF-Sendungen wie den «Jass im Puff» oder den völlig aus dem Ruder gelaufenen Schawinski-Talk mit Andreas Thiel – gebe es keinen Grund, die Staatssender mit einer neuen Steuer unbeschränkt zu füttern. Und der Gewerbepräsident geht noch weiter. Im «Sonntags-Blick» warf er SRG-Generaldirektor Roger de Weck

vor, seinen Angestellten einen «Billag-Maulkorb» verpasst zu haben. «Unsere Argumente gegen die neue Billag-Mediensteuer werden in der SRF-Berichterstattung weitgehend ausgeblendet.»

Verteuerung vorgezeichnet

Erklärbar wird die Zurückhaltung der Staatssender angesichts der brisanten Tatsachen: Obwohl Unternehmer und Mitarbeitende bereits als Privatpersonen zahlen und auch wenn Betriebe weder Radio hören noch TV schauen können, sollen sie doppelt blechen. Und damit nicht genug: Der Bundesrat gibt sich mit der neuen Billag-Mediensteuer die absolute Kompetenz, diese künftig – ausserhalb jeglicher demokratischer Kontrolle – unbeschränkt erhöhen zu dürfen. Gründe genug also für ein **NEIN** zur neuen Billag-Mediensteuer. *En*

LINK
www.mediensteuer-nein.ch

DIE CVP-CONNECTION

Wes Brot ich ess...

CVP-Nationalrat Martin Candinas (*Bild*) plädiert für höhere Steuern. Konkret setzt sich der junge forsche Bündner für die von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard geforderte neue Billag-Mediensteuer ein. Aus der Tatsache, dass heute «nur» sieben Prozent der Unternehmen die Gebühr bezahlen, folgert Candinas frech, das vom Schweizerischen Gewerbeverband sgv höchst erfolgreich ergriffene Referendum (*vgl. Haupttext*) sei «ein Referendum der Schwarzseher». Pikant: Roger Braun, Autor des entsprechenden Artikels in der «Ostschweiz am Sonntag», war – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – vor seinem dortigen Engagement Kampagnenleiter bei der CVP Schweiz und davor Kommunikationschef der Luzerner Kantonalpartei... Wie schon die Medienministerin entwickelten offenbar auch Candinas und Braun bei der



CVP eine gewisse Wirtschaftsferne. Tatsache ist: Heute liefern Firmen 40 Millionen an die Billag ab – künftig sollen es 200 Millionen sein. Tatsache auch: Firmen können weder TV schauen noch Radio hören. Und die Privaten, die solches tun, zahlen bereits eine Billag-Mediensteuer. Zweimal für dieselbe Leistung blechen?! Bei der CVP scheint dies niemanden zu stören – bei den 300 000 vom sgv vertretenen KMU dagegen schon. Wie sonst wären mehr als 100 000 Unterschriften in Rekordzeit zusammengekommen?

En

SO TÖNTS IM NETZ

Bravo und Danke!

Grosser Widerstand gegen die Billag-Mediensteuer auch in den sozialen Medien: Die User auf Facebook äussern ihren Unmut über die gewerbefördernde Billag-Mediensteuer mit Kommentaren wie **Schluss mit der Abzockerei!**, **Genug ist genug** oder **sinnlos Zahlen**. Mit **Cool!**, **Super!**, **Bravo** und **Danke!** freuen sich die «Freunde» auf der Facebook-Seite des sgv über das Erreichen der mehr als 100 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei in Bern.

LINK
www.facebook.com/sgvusam



KMU-RATING 2011-2014 – Erstmals ist nun auch das Abstimmungsverhalten in der kleinen Kammer statistisch fassbar.

So gewerbe(un)freundlich waren National- und Ständerat

Nach 2011 hat der Schweizerische Gewerbeverband sgv zum zweiten Mal erheben lassen, wer in der laufenden Legislatur im Bundeshaus wie KMU-freundlich abgestimmt hat – oder eben nicht. Zum Auftakt des Wahljahrs sind erstmals auch Zahlen aus dem Ständerat erhältlich; seit der Frühjahrsession 2014 wird dort ebenfalls elektronisch abgestimmt.

Index der KMU-Freundlichkeit

Das vorliegende KMU-Rating der Gewerbefreundlichkeit basiert für den Nationalrat auf 215 KMU-relevanten Abstimmungen zu 169 Abstimmungsthemen ab Wintersession 2011 bis Wintersession 2014. Im Ständerat wurden 27 KMU-relevante Abstimmungen zu 23 Themen erfasst. Die jeweiligen Ratspräsidenten – die PräsidentInnen stimmen in der Regel nicht mit – sind in der Tabelle mit einem Stern* erfasst.

Basis für die Rating-Berechnung ist nicht die einzelne Abstimmung, sondern der Durchschnittswert pro Vorlage. Dadurch werden Einzelabstimmungen nicht zu stark gewertet. Und: Der ausgewiesene Rating-Wert darf *nicht* als direkte prozentuale Übereinstimmung mit den sgv-Positionen gewertet werden.

SVP und FDP an der Spitze

Wie schon im KMU-Rating 2011 liegen auch im Wahljahr 2015 SVP und FDP an der Spitze – in ihren Reihen finden sich die gewerbefreundlichsten National- und Ständeratsmitglieder. Ebenfalls wie gehabt liegen CVP- und BDP-Vertreter im Mittelfeld. Auf den hinteren Plätzen findet sich die GLP, während SP und Grüne definitiv nicht gewerbefreundlich stimmen. **Alle Details unter**

LINK

www.sgv-usam.ch/kmu-rating

23 KMU-RELEVANTE GESCHÄFTE: SO STIMMTEN DIE STÄNDERÄTE IM JAHR 2014

Rang	Rating	Name Vorname	Kanton	Partei	Rang	Rating	Name Vorname	Kanton	Partei
1	100.0	Germann* Hannes	SH	SVP	24	37.1	Baumann Isidor	UR	CVP
2	66.4	Föhn Peter	SZ	SVP	25	37.1	Lombardi Filippo	TI	CVP
3	61.4	Kuprecht Alex	SZ	SVP	26	36.7	Schwaller Urs	FR	CVP
4	60.8	Eberle Roland	TG	SVP	27	36.6	Seydoux-Christe Anne	JU	CVP
5	59.0	Hefti Thomas	GL	FDP	28	36.4	Niederberger Paul	NW	CVP
6	58.2	Theiler Georges	LU	FDP	29	35.7	Bischof Pirmin	SO	CVP
7	55.8	Schmid Martin	GR	FDP	30	33.5	Bieri Peter	ZG	CVP
8	55.7	Hess Hans	OW	FDP	31	31.5	Stadler Markus	UR	glp
9	53.4	Höslı Werner	GL	SVP	32	28.7	Graber Konrad	LU	CVP
10	53.4	Altherr Hans	AR	FDP	33	24.4	Stöckli Hans	BE	SP
11	53.3	Keller-Sutter Karin	SG	FDP	34	24.1	Bruderer Wyss Pascale	AG	SP
12	52.2	Fournier Jean-René	VS	CVP	35	22.1	Diener Lenz Verena	ZH	glp
13	47.2	Eder Joachim	ZG	FDP	36	21.4	Janiak Claude	BL	SP
14	46.9	Luginbühl Werner	BE	BDP	37	19.5	Fetz Anita	BS	SP
15	45.3	Gutzwiller Felix	ZH	FDP	38	19.0	Hêche Claude	JU	SP
16	44.0	Abate Fabio	TI	FDP	39	18.8	Rechsteiner Paul	SG	SP
17	42.5	Comte Raphaël	NE	FDP	40	18.8	Zanetti Roberto	SO	SP
18	42.0	Imoberdorf René	VS	CVP	41	18.7	Savary Géraldine	VD	SP
19	40.6	Häberli-Koller Brigitte	TG	CVP	42	18.2	Levrat Christian	FR	SP
20	40.2	Minder Thomas	SH	parteilos	43	17.4	Berberat Didier	NE	SP
21	37.9	Bischofberger Ivo	AI	CVP	44	16.1	Recordon Luc	VD	GPS
22	37.6	Engler Stefan	GR	CVP	45	15.2	Mauy Pasquier Liliane	GE	SP
23	37.3	Egerszegi-Obrist Christine	AG	FDP	46	9.2	Cramer Robert	GE	GPS

215 ABSTIMMUNGEN ZU 169 KMU-RELEVANTEN GESCHÄFTEN: SO STIMMTEN DIE NATIONALRÄTE IN DER 49. LEGISLATUR

Rang	Rating	Name Vorname	Kanton	Partei	Rang	Rating	Name Vorname	Kanton	Partei	Rang	Rating	Name Vorname	Kanton	Partei
1	71.2	Veillon Pierre-François	VD	SVP	67	56.1	Estermann Yvette	LU	SVP	133	31.1	Bertschy Kathrin	BE	glp
2	69.6	Borer Roland F.	SO	SVP	68	56.1	Cassis Ignazio	TI	FDP	134	30.3	Bäumle Martin	ZH	glp
3	68.7	Müller Thomas	SG	SVP	69	55.8	von Siebenthal Erich	BE	SVP	135	23.2	Ingold Maja	ZH	EVP
4	68.7	Rime Jean-François	FR	SVP	70	55.4	Walti Beat	ZH	FDP	136	22.2	Streff-Feller Marianne	BE	EVP
5	67.8	Giezendanner Ulrich	AG	SVP	71	54.9	Stolz Daniel	BS	FDP	137	19.1	von Graffenried Alec	BE	GPS
6	66.5	Schibli Ernst	ZH	SVP	72	54.6	Lustenberger* Ruedi	LU	CVP	138	17.0	Heim Bea	SO	SP
7	65.9	Rutz Gregor A.	ZH	SVP	73	54.5	Merlini Giovanni	TI	FDP	139	16.8	Munz Martina	SH	SP
8	65.5	Egloff Hans	ZH	SVP	74	54.3	Herzog Verena	TG	SVP	140	16.1	Trede Aline	BE	GPS
9	65.4	Wasserfallen Christian	BE	FDP	75	53.9	Feller Olivier	VD	FDP	141	15.9	Ruiz Rebecca Ana	VD	SP
10	65.2	Freysinger Oskar	VS	SVP	76	53.0	Huber Gabi	UR	FDP	142	15.7	Friedl Claudia	SG	SP
11	64.7	Hurter Thomas	SH	SVP	77	52.5	Noser Ruedi	ZH	FDP	143	15.6	Graf-Litscher Edith	TG	SP
12	64.3	Stamm Luzi	AG	SVP	78	52.0	Eichenberger-Walther Corina	AG	FDP	144	15.6	Reynard Mathias	VS	SP
13	64.0	Brand Heinz	GR	SVP	79	51.8	Hess Lorenz	BE	BDP	145	15.3	Schwaab Jean Christophe	VD	SP
14	64.0	Müller Walter	SG	FDP	80	51.6	Pfister Gerhard	ZG	CVP	146	15.0	Wermuth Cédric	AG	SP
15	63.9	Bortoluzzi Toni	ZH	SVP	81	51.1	Bourgeois Jacques	FR	FDP	147	14.9	Gysi Barbara	SG	SP
16	63.9	Frehner Sebastian	BS	SVP	82	50.8	Quadri Lorenzo	TI	LEGA	148	14.8	Pardini Corrado	BE	SP
17	63.8	Gössi Petra	SZ	FDP	83	49.9	Derder Fathi	VD	FDP	149	14.7	Tschäppät Alexander	BE	SP
18	63.4	Vitali Albert	LU	FDP	84	49.2	Landolt Martin	GL	BDP	150	14.7	Kiener Nellen Margret	BE	SP
19	63.3	Matter Thomas	ZH	SVP	85	48.6	Lehmann Markus	BS	CVP	151	14.5	Hadorn Philipp	SO	SP
20	63.2	Mörgeli Christoph	ZH	SVP	86	48.6	Pantani Roberta	TI	LEGA	152	14.5	Glättli Balthasar	ZH	GPS
21	62.9	Pezzatti Bruno	ZG	FDP	87	47.9	Regazzi Fabio	TI	CVP	153	14.4	Girod Bastien	ZH	GPS
22	62.4	Parmelin Guy	VD	SVP	88	47.9	Moret Isabelle	VD	FDP	154	14.3	Müller Geri	AG	GPS
23	62.3	Geissbühler Andrea Martina	BE	SVP	89	47.6	Français Olivier	VD	FDP	155	14.2	Gilli Yvonne	SG	GPS
24	62.3	Perrinjaquet Sylvie	NE	FDP	90	47.2	Fluri Kurt	SO	FDP	156	14.2	Chopard-Acklin Max	AG	SP
25	62.3	Amstutz Adrian	BE	SVP	91	46.1	Hiltbold Hugues	GE	FDP	157	14.1	Schneider Schüttel Ursula	FR	SP
26	62.2	Caroni Andrea	AR	FDP	92	45.6	Germanier Jean-René	VS	FDP	158	14.1	Schelbert Louis	LU	GPS
27	62.2	Binder Max	ZH	SVP	93	44.7	Buttet Yannick	VS	CVP	159	14.1	Maire Jacques-André	NE	SP
28	62.1	Heer Alfred	ZH	SVP	94	44.7	Romano Marco	TI	CVP	160	14.0	Bernasconi Maria	GE	SP
29	62.0	Rickli Natalie Simone	ZH	SVP	95	44.7	Schneider-Schneiter Elisabeth	BL	CVP	161	13.9	Ferri Yvonne	AG	SP
30	61.9	Schneeberger Daniela	BL	FDP	96	44.3	Glanzmann-Hunkeler Ida	LU	CVP	162	13.9	Aebischer Matthias	BE	SP
31	61.6	Golay Roger	GE	MCR	97	44.2	Markwalder Christa	BE	FDP	163	13.9	Leutenegger Oberholzer Susanne	BL	SP
32	61.5	Wandfluh Hansruedi	BE	SVP	98	43.8	Müller Leo	LU	CVP	164	13.8	Gross Andreas	ZH	SP
33	61.3	Nidegger Yves	GE	SVP	99	42.6	Guhl Bernhard	AG	BDP	165	13.7	Masshardt Nadine	BE	SP
34	61.1	de Courten Thomas	BL	SVP	100	42.6	Ziörjen Lothar	ZH	BDP	166	13.7	Fridez Pierre-Alain	JU	SP
35	60.8	Clottu Raymond	NE	SVP	101	42.6	Quadranti Rosmarie	ZH	BDP	167	13.6	Galladé Chantal	ZH	SP
36	60.7	Aeschi Thomas	ZG	SVP	102	41.9	Büchler Jakob	SG	CVP	168	13.6	Badran Jacqueline	ZH	SP
37	60.4	Aebi Andreas	BE	SVP	103	41.9	Gasche Urs	BE	BDP	169	13.6	Piller Carrard Valérie	FR	SP
38	60.3	Stahl Jürg	ZH	SVP	104	41.5	Gmür Alois	SZ	CVP	170	13.5	Carobbio Guscetti Marina	TI	SP
39	60.2	Büchel Roland Rino	SG	SVP	105	41.4	Bulliard-Marbach Christine	FR	CVP	171	13.4	Jans Beat	BS	SP
40	60.1	Rusconi Pierre	TI	SVP	106	41.0	Gschwind Jean-Paul	JU	CVP	172	13.4	Tschümperlin Andy	SZ	SP
41	59.9	Reimann Maximilian	AG	SVP	107	40.9	Vogler Karl	OW	csp-ow	173	13.3	Amarelle Cesla	VD	SP
42	59.9	Fehr Hans	ZH	SVP	108	39.9	Hassler Hansjörg	GR	BDP	174	13.2	Fehr Jacqueline	ZH	SP
43	59.8	Flückiger-Bäni Sylvia	AG	SVP	109	39.8	Darbellay Christophe	VS	CVP	175	13.1	Jositsch Daniel	ZH	SP
44	59.6	Killer Hans	AG	SVP	110	39.7	Amherd Viola	VS	CVP	176	13.1	Vischer Daniel	ZH	GPS
45	59.6	Amaudruz Céline	GE	SVP	111	39.0	Barazzone Guillaume	GE	CVP	177	13.1	Rossini* Stéphane	VS	SP
46	59.4	Reimann Lukas	SG	SVP	112	38.9	Humbel Ruth	AG	CVP	178	13.0	Tornare Manuel	GE	SP
47	59.4	Knecht Hansjörg	AG	SVP	113	38.8	Candinas Martin	GR	CVP	179	13.0	Birrer-Heimo Prisca	LU	SP
48	59.1	Müri Felix	LU	SVP	114	38.1	Lohr Christian	TG	CVP	180	13.0	Hardegger Thomas	ZH	SP
49	59.1	Pieren Nadja	BE	SVP	115	37.9	Ritter Markus	SG	CVP	181	13.0	Nussbaumer Eric	BL	SP
50	59.0	Wobmann Walter	SO	SVP	116	37.7	Schläfli Urs	SO	CVP	182	13.0	Schenker Silvia	BS	SP
51	58.8	Rösti Albert	BE	SVP	117	36.8	Meier-Schatz Lucrezia	SG	CVP	183	13.0	Thorens Goumaz Adèle	VD	GPS
52	58.4	Joder Rudolf	BE	SVP	118	36.4	Neiryck Jacques	VD	CVP	184	12.9	Mahrer Anne	GE	GPS
53	58.3	Grin Jean-Pierre	VD	SVP	119	35.3	de Buman Dominique	FR	CVP	185	12.9	Nordmann Roger	VD	SP
54	58.2	Brunner Toni	SG	SVP	120	35.3	Fischer Roland	LU	glp	186	12.9	Naef Martin	ZH	SP
55	58.0	Portmann Hans-Peter	ZH	FDP	121	34.9	Müller-Altermatt Stefan	SO	CVP	187	12.9	Graf* Maya	BL	GPS
56	57.9	Keller Peter	NW	SVP	122	34.2	Gasser Josias F.	GR	glp	188	12.8	Marra Ada	VD	SP
57	57.8	Hausammann Markus	TG	SVP	123	34.1	Grossen Jürg	BE	glp	189	12.6	Sommaruga Carlo	GE	SP
58	57.5	Fiala Doris	ZH	FDP	124	34.0	Kessler Margrit	SG	glp	190	12.6	Semadeni Silva	GR	SP
59	57.5	Fässler Daniel	AI	CVP	125	33.9	Chevalley Isabelle	VD	glp	191	12.4	John-Calame Francine	NE	GPS
60	57.3	Schilliger Peter	LU	FDP	126	33.4	Flach Beat	AG	glp	192	12.4	Leuenberger Ueli	GE	GPS
61	57.3	Grunder Hans	BE	BDP	127	33.4	Maier Thomas	ZH	glp	193	12.4	Rytz Regula	BE	GPS
62	56.8	Bugnon André	VD	SVP	128	32.9	Weibel Thomas	ZH	glp	194	12.2	Voruz Eric	VD	SP
63	56.7	Müller Philipp	AG	FDP	129	32.6	Böhni Thomas	TG	glp	195	11.9	Allemann Evi	BE	SP
64	56.6	Walter* Hansjörg	TG	SVP	130	32.5	Schmid-Federer Barbara	ZH	CVP	196	11.9	van Singer Christian	VD	GPS
65	56.6	Schwander Pirmin	SZ	SVP	131	32.3	Moser Tiana Angelina	ZH	glp	197	9.1	Steiert Jean-François	FR	SP
66	56.3	Lüscher Christian	GE	FDP	132	31.4	Riklin Kathy	ZH	CVP					

EURO-UNTERGRENZE – Der sgv fordert als Konsequenz des Aus des Euro-Mindestkurses in einem offenen Brief an den Bundesrat verbesserte Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft – und insbesondere eine sofortige Senkung der Regulierungskosten.

Unnötige Kosten müssen *jetzt* weg!

Überraschend hat die SNB Mitte Januar entschieden, den Euro-Mindestkurs per sofort fallen zu lassen. Einige Schweizer Unternehmen haben sich gut auf diesen «wirtschaftlichen Worst Case» vorbereitet, andere hingegen weniger. Letztere dürften deshalb arg ins Schleudern kommen. Es stellt sich nur die Frage, welche Massnahmen die Politik dagegen ergreifen kann. Die Antwort des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv ist klar: Jetzt müssen die Regulierungskosten gesenkt werden. Dies verlangt der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft in einem offenen Brief an den Bundesrat.

«UNNÖTIGE KOSTEN FÜR DIE WIRTSCHAFT MÜSSEN UNVERZÜGLICH GESENKT WERDEN!»

Politik schlecht vorbereitet

Die Aufhebung des Euro-Mindestkurses wirkt sich auf Unternehmen – je nachdem, auf welcher Höhe sich der Kurs längerfristig einpendelt – wie ein Fixkostensprung von 10 bis 20 Prozent aus. Die KMU-Wirtschaft gerät durch diese happigen Zusatzkosten stark unter Druck. Um die negativen

Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum sowie auf Arbeitsplätze abzufedern, ist nun eine verantwortungsvolle Politik notwendig. sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler stellt dabei kritisch fest: «Die Politik war auf die Aufhebung des Euro-Mindestkurses nur ungenügend vorbereitet.» Ein verantwortungsvoller politischer Kurs bedinge verbesserte Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft. Das bedeute zunächst, krasse Fehlbeurteilungen wie beispielsweise die Lancierung einer erneuten Revision des Kartellgesetzes zu vermeiden. Ein weiterer Fehler wäre die Einführung sektorieller oder gar fiskalischer Massnahmen. «Verantwortungsvolle Politik basiert auf einem einfachen Ansatz. Wo unnötige Kosten für die Wirtschaft gesenkt werden können, muss dies unverzüglich und rasch an die Hand genommen werden», konkretisiert Bigler. Die Fokussierung auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen sei gleichzeitig sowohl eine liberale Wirtschaftspolitik als auch eine nachhaltige Wachstumsstrategie, von der die ganze Schweiz profitiere.

Entlastung nun endlich umsetzen

Im Juni 2010 – vor mehr als viereinhalb Jahren also – stellte der sgv seine Studie zu den Regulierungskosten in der Schweiz vor und schätzte die



Die plötzliche Aufhebung der Euro-Untergrenze trifft die Tourismusbranche ganz besonders hart.

Belastungen gesamtschweizerisch auf insgesamt 50 Milliarden Franken. Aufgrund dieser Studie verlangte der Gewerbekongress die Einleitung konkreter Massnahmen zur Senkung dieser unhaltbaren Regulierungskosten um mindestens 10 Milliarden Franken bis zum Jahr 2018.

Aufgrund eines parlamentarischen Auftrags stellte der Bundesrat das Gleiche fest. Er listet sogar konkrete Vorschläge auf, welche die Unternehmen entlasten. Politisch umgesetzt wurden diese allerdings noch immer nicht. Deshalb fordert der sgv den Bundesrat auf, dieses Vorhaben nun

unverzüglich an die Hand zu nehmen. Die Ausarbeitung und rasche Umsetzung eines breit angelegten Massnahmenkatalogs zur Senkung der Regulierungskosten stärke die Position des Wirtschaftsstandortes Schweiz im internationalen Umfeld.

Jetzt aber bitte konkret!

Beispiele für solche Massnahmen sind:

- Verzicht auf «Swiss finish»-Regelungen bei den Zollverfahren: Damit können jährlich gut 60 Millionen Franken Regulierungskosten reduziert werden.

- Verzicht auf «Swiss finish» und Marktabschottungen im Umweltschutz, vor allem in Luftreinhaltung, beim Gewässerschutz, bei Bau- und Sonderabfällen: Damit kann total über 1 Milliarde Franken Zusatzbelastungen der Unternehmen reduziert werden.

- Harmonisierung der Baunormen: Auch hier können bis zu 300 Millionen Franken Belastungen reduziert werden.

Zusätzlich zu den Entlastungsmassnahmen müsse auf die Höhere Berufsbildung gesetzt werden. «Je besser die Qualifikationen der Mitarbeitenden, desto höher die Produktivität und die Innovationskraft der Unternehmen», so Gewerbedirektor Bigler: «Wir verlangen, dass die Massnahmen zur Senkung der Regulierungskosten umgehend angepackt werden. Der Bundesrat kennt das Potenzial, weil die Exekutive selber dieses vorgeschlagen hat.»

Der sgv fordere dieses für das Wirtschaftswachstum sehr zentrale Anliegen schon seit Jahren, betont Bigler. «Passiert ist bisher viel zu wenig. Die neue Ausgangslage lässt nun nicht länger weitere Verzögerungen zu.»

Henrique Schneider,
Ressortleiter sgv

DAS RESULTAT SPRICHT FÜR SICH:

«Sunrise hat das beste Netz für mobile Telefonie»



Das unabhängige Fachmagazin «connect» vergibt die Bestnote für «mobile Telefonie» neu an Sunrise: Im aktuellen Test erhält das Sunrise Mobilnetz die Gesamtnote «SEHR GUT». Machen Sie es wie Roger Federer, wechseln auch Sie zu Sunrise. business-sunrise.ch

ENERGIESTRATEGIE 2050 – Nach einer Monsterdebatte hat der Nationalrat die Energiestrategie an den Ständerat zurückgeschickt. Er blieb dabei mehrheitlich auf dem Kurs des Bundesrats.

Giftzahn KEV muss weg

Wie soll man die Vorlage aus KMU-Perspektive beurteilen? Das positive zuerst: Der Nationalrat hat verschiedene Vereinfachungen eingeführt. Die Nutzung erneuerbarer Energien soll beispielsweise nationales Interesse werden. Damit wären Windturbinen und Wasserkraftwerke in Naturschutzgebieten grundsätzlich möglich. Und die Kantone sollen in ihren Richtplänen festhalten, welche Gebiete sich für die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie eignen und welche freizuhalten sind.

«EIN BONUS-MALUS-SYSTEM SCHADET DER STROMBRANCHE NUR.»

Die zwei wichtigsten positiven Entschiede sind jedoch die folgenden: Heute beträgt die CO₂-Abgabe 60 Franken pro Tonne Heizöl. Diese soll vorerst nicht erhöht werden. Ebenfalls schlägt der Rat vor, die Steuergesetzgebung investitionsfreundlich anzupassen. Energetische Gebäudesanierungen und Ersatzneubauten sollen über vier Jahre steuerlich absetzbar sein. Das gilt sowohl für natürliche Personen als auch für Unternehmen. Auch auf der «juristischen Front» gibt es Verbesserungen. Für den raschen Umbau der Stromversorgung sollen die Rechtsmittelwege beschränkt werden. Wenn eine Rechtsfrage nicht

von grundsätzlicher Bedeutung ist, soll es keine Möglichkeit geben, Beschwerden gegen die Planung von Stark- und Schwachstromanlagen bis vors Bundesgericht zu ziehen.

Weniger Marktwirtschaft

Und dann das Negative. Die Vorlage enthält noch viele Giftzähne. Der giftigste: die Erhöhung der Gelder für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Die Konsumenten sollen dies mit einem höheren Netzzuschlag bezahlen. Dieser würde von heute 1,5 Rappen auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde steigen. Das macht zusätzliche 1,3 Milliarden Franken. Die Subvention ist dafür erweitert worden: Einspeiseprämien soll es für Wasserkraft, Sonnenenergie, Windenergie, Geothermie und Biomasse geben. Kehrlichtverbrennungs-, Abwasserreinigungs- sowie Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von unter zehn Kilowatt sind vom System ausgeschlossen.

Auch Problematisch: Ein Bonus-Malus-System soll für Elektrizitätswerke eingeführt werden. Die Werke, die ein Netz betreiben, sollen eine Stromspar-Zielvorgabe erhalten. Unternehmen, die das Ziel übertreffen, würden einen Bonus erhalten; jene, die es verfehlen, müssten einen Malus entrichten. Damit wird die Strombranche immer weniger marktwirtschaftlich und deshalb auch weniger effizient.

Die explizite Vorgabe von Produktions- und Verbrauchszielen bis zum Jahr 2035 im Gesetz ist ebenfalls negativ. Diese Ziele sind nicht mit dem ersten Massnahmepaket kongruent. Dieser dauert bis zum Jahr 2020. Was passiert, wenn die Ziele nicht erreicht werden? Dazu schweigt sich die Vorlage aus. Und gerade dieses Schweigen öffnet Tür und Tor für bundesrätlichen Kompetenzen ausserhalb der parlamentarischen Kontrolle. Zuletzt: Ob ein Atomausstieg beschlossen wurde oder nicht, hängt von der Perspektive ab. Das Kernkraftwerk Beznau I soll 2029 abgeschaltet werden. Eine generelle Laufzeitbeschränkung lehnte die grosse Kammer

aber ab. Ab 40 Betriebsjahren sollen die Betreiber aber Langzeitbetriebskonzepte vorlegen müssen.

Giftzahn muss gezogen werden

Wie geht es weiter? Die Beratung der Vorlage im Ständerat wird in der ersten Hälfte des Jahres 2015 erwartet. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv wird im bisherigen Stil weiterhin konstruktiv an der Vorlage mitarbeiten. Es gilt, ihr den Giftzahn KEV zu ziehen und das Erreichte zu sichern.

Henrique Schneider,
Ressortleiter sgv

LINK

www.sgv-usam.ch



Einer der Giftzähne der Energiestrategie 2050: Die Gelder für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) – hier eine Solaranlage im aargauischen Wohlten – sollen erhöht werden.

REVISION UMWELTSCHUTZGESETZ – Der Ständerat hat die USG-Revision leicht entschlackt. Doch die Vorlage ist und bleibt schädlich. Die Botschaft an den Nationalrat: Bitte nicht eintreten!

Die Kompetenzen nicht abgeben

Um es gleich vorwegzunehmen: Die USG-Revision ist immer noch unverhältnismässig. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich der nachhaltigste Staat der Welt; kein anderes Land schneidet im Vergleich der politischen Rahmenbedingungen und der Ergebnisse besser als die Schweiz ab. Diese global führende Stellung kann ursächlich auf das breite und freiwillige Engagement der Wirtschaft zurückgeführt werden. Alle relevanten Branchen haben entsprechende Programme aufgestellt, welche kon-

tinuierlich weiterentwickelt werden. Doch Vorsicht ist geboten: Die Revision des USG kann zu einem Halt in dieser positiven Dynamik führen.

Freiwilligkeit geht vor

Die erste Variante der Revision war schwerfällig. Deshalb empfahl die vorberatende Kommission des Ständerates, nicht darauf einzutreten. Doch die Kammer wollte einen entschlackten Kompromiss. Wann immer möglich soll die Wirtschaft freiwillige Massnahmen ergreifen. Zu-

dem können Bund und Kantone Branchenvereinbarungen fördern oder mit einzelnen Unternehmen Zielvereinbarungen abschliessen. Erst wenn diese Massnahmen nicht zielführend sind, sollen Vorschriften zum Zuge kommen. Auch darf die im Ausland verursachte Umweltbelastung nicht mit einberechnet werden; das war ein erstes Anliegen der Revision. Glücklicherweise wurde es gestrichen.

Allerdings kann der Bundesrat, im Einklang mit internationalen Standards, Anforderungen an die Inverkehrbringung von Rohstoffen und Produkten stellen, wenn deren Herstellung, An- oder Abbau im Herkunftsland «die Umwelt erheblich belasten». Auch hier gilt: Der Bund kann erst Vorschriften erlassen, wenn die Wirtschaft keine freiwilligen Vereinbarungen abschliesst oder solche nicht erfüllt werden.

«WICHTIGE ENTSCHEIDE DÜRFEN NICHT AUF STUFE VERORDNUNG GETROFFEN WERDEN!»

Gestrichen hat der Ständerat die Informationspflicht für Hersteller, Händler und Importeure über die Umweltauswirkungen ihrer Produkte. Ebenso verzichtet wird auf die so genannte Rückverfolgbarkeit, welche von den Unternehmen verlangt hätte, für jeden einzelnen Rohstoff und

jeden einzelnen Produktbestandteil die Zulieferer und Abnehmer zu dokumentieren.

Immer noch überladen

Auch wenn die ständerätliche Version der Vorlage eine Verbesserung ist, so bleibt sie doch schwerfällig. Sie ist voller versteckter Kompetenzdelegationen an den Bundesrat. Das bedeutet: Plötzlich werden wichtige Entscheide auf Stufe Verordnung getroffen. Was natürlich ausserhalb der parlamentarischen Kontrolle steht. Und damit wird schon angefangen. In der jüngsten Revision über die technische Verordnung über Abfälle schöpft der Bundesrat seine neuen Kompetenzen bereits aus. Dass sie noch nicht vom Parlament verabschiedet worden sind, scheint nicht von Bedeutung zu sein. Zum Beispiel macht die Verordnung im Namen der USG-Revision Vorschriften zum Littering. Wichtig zu wissen: Nach dem heutigen Stand des Gesetzes ist dies nicht möglich. Wenn die Revision aber durchkommt, wird es möglich sein. Es wird zwar keinen Littering-Artikel im USG geben, aber eine sehr weit gefasste Delegation an den Bundesrat. Und so erfindet dieser neue Regulierungen – völlig ausserhalb des Gesetzgebungsprozesses.

Um solchen Wildwuchs von Anfang an zu unterbinden, gilt für den Nationalrat: Auf die Revision des USG nicht eintreten, bitte!

ENERGIE-STATT MWST

Nein zu Mehrbelastung durch höhere Steuern

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüsst die klare Stellungnahme des Bundesrats gegen die Initiative «Energie-statt Mehrwertsteuer». «Eine Annahme der Initiative wäre sehr schädlich für die Wirtschaft und hätte eine Mehrbelastung der KMU zur Folge», kommentiert sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler. Sie würde zu einem überstürzten Umbau des Energiesystems und zu höheren Steuersätzen führen. Nicht nur das System der Mehrwertsteuer, sondern auch die Finanzierung der Bundesausgaben und der Sozialversicherungen wären gefährdet.

«Durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer würde die Haupteinnahmequelle des Bundes abgeschafft», sagt sgv-Ressortleiterin Alexa Krättinger. «Die Einnahmen daraus betragen etwa 22 Milliarden Franken pro Jahr. Das entspricht 35 Prozent der Bundeserinnahmen.»

Eine Energiesteuer würde die Unternehmen in der Schweiz im Vergleich zu ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligen. Längerfristig müssten nicht wenige Unternehmen Standortverlagerungen vornehmen. Der Vorschlag, die Mehrwertsteuer innerhalb einiger Jahre durch eine Energiesteuer zu ersetzen, würde zu wirtschaftlichen Turbulenzen führen. Ausserdem belastete diese «unsoziale Initiative» Haushalte mit niedrigem Einkommen übermässig stark.

E-GOVERNMENT

Bund zahlt ab 2016 nur noch E-Rechnungen

Ab 2016 müssen Unternehmen und Einzelpersonen, die mit der Bundesverwaltung geschäftliche Beziehungen unterhalten, elektronische Rechnung stellen – sofern der Vertragswert 5000 Franken übersteigt. So will es der Bundesrat. Bis jetzt wurde der überwiegende Teil der jährlich rund 700 000 eingehenden Rechnungen des Bundes als Papierrechnung eingereicht und musste zuerst gescannt und digitalisiert werden. Der Anteil der papierlos eingehenden E-Rechnungen betrug bis dato lediglich rund 14 Prozent.

Bereits vor einigen Jahren hat der Bundesrat die E-Government-Strategie Schweiz verabschiedet. Ziel ist, dass nicht nur die Wirtschaft und die Bevölkerung die wichtigen Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln können, sondern ebenso die Behörden untereinander.

LINK

www.e-rechnung.admin.ch

BERUFLICHE VORSORGE

Pensionskasse ASGA zahlt das Doppelte

Wer – wie die Mitarbeitenden des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv – seine berufliche Vorsorge bei der ASGA hat, darf sich freuen: Für das Jahr 2014 verzinst die ASGA das Alterskapital ihrer aktiv Versicherten mit vier Prozent. 144 Millionen Franken Mehrzinsen werden auf diese Weise den Mitgliedern verteilt. Die ASGA als unabhängige Genossenschaft verwendet erwirtschaftete Erträge ausschliesslich zur Verbesserung der Vorsorgeleistung ihrer Mitglieder. «Dank der guten Anlagenergebnisse und des erfreulichen Risikoverlaufs in diesem Jahr sind wir erneut in der Lage, das gesamte Kapital unserer am 31. Dezember 2014 aktiv Versicherten mit einem markant höheren Zinssatz als dem gesetzlichen Minimum von 1,75 Prozent zu verzinsen», so Sergio Bortolin, Geschäftsführer der ASGA. «Das vorhandene Alterskapital wird für 2014 mit vier Prozent verzinst. Dies gilt sowohl für den obligatorischen Teil gemäss BVG wie auch für den überobligatorischen Teil.» Konkret bedeutet dies: Bei einem Altersguthaben von 100 000 Franken gibts eine Zinsgutschrift von 4000 statt 1750 Franken – also mehr als doppelt so viel. Auf diese Weise verteilt die ASGA Pensionskasse 256 Millionen Franken direkt den Versicherten.

Swiss Metering

Wir bieten KMU und Energieerzeugern preisgünstige Zähler- und Messdienstleistungen an.

Warum mehr bezahlen als den tiefsten Preis?

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme.

Swiss Metering AG
8301 Glatzentrum

Telefon 044 830 77 72
info@swissmetering.ch
www.swissmetering.ch

Lastganganmessungen
ab 500 CHF/Zähler u. Jahr

HOHE STROMMESSKOSTEN

Ärgernis beseitigen

Auf Anfang 2015 haben wieder viele KMU von der Strom-Grundversorgung auf eine marktmissige Strombeschaffung gewechselt. Allerdings müssen sie dafür einen neuen Stromzähler für eine sogenannte Lastgangmessung mit Fernauslesung installieren lassen. Die Kosten dafür betragen je nach Netzbetreiber zwischen 600 und mehr als 1000 Franken pro Jahr. Bei manchem KMU wird so ein guter Teil der erhofften Kosteneinsparung durch höhere Messkosten aufgefressen.

Auch für viele Betreiber von Photovoltaikanlagen stellen die Messkosten ein Ärgernis dar. Anlagen mit einer Anschlussleistung von mehr als 30 kVA brauchen eine Lastgangmessung. Die Kosten dafür betragen bis zu 20 Prozent des Jahresumsatzes einer PV-Anlage. Im Ergebnis behindern hohe Messkosten die Energiewende und auch den Zugang zum Strommarkt.

Kein gesetzliches Monopol

Die Netzbetreiber sind für das Messwesen verantwortlich, was nicht heisst, dass sie alles selbst machen müssen. Sie können das Messwesen an Dritte delegieren, sie können aber auch mit dritten Messdienstleistern, die direkt von den Kunden beauftragt sind, Regelungen treffen. Die Eidg. Elektrizitätskommission (ElCom) hat den Preisbenchmark für Lastgangmessungen bei 600 Franken pro Jahr festgelegt. Die oft gesehenen höheren Preise führt Walter Steinmann, Direktor des Bundesamtes für Energie, auf die alte Monopolmanier gewisser Netzbetreiber zurück und auf den fehlenden Druck, sich von der Monopolwelt zu verabschieden und auf Wettbewerb auszurichten.

Die Swiss Metering AG bietet Lastgangmessungen bereits ab 300 Franken pro Zähler und Jahr an und will den Markt für Messdienstleistungen in Gang bringen. Allerdings verteidigen die Netzbetreiber ihre bisherige Monopolstellung. Sie verweigern zumeist kategorisch, dass der Endkunde seinen Messdienstleister selbst wählen darf. Swiss Metering hat deshalb mehrere Beschwerdeverfahren bei der ElCom eingereicht, so dass die Rechtslage möglichst rasch geklärt wird. Die vollständige Strommarktöffnung vor Augen und auch wegen der sinkenden Fördergelder für PV-Anlagen steigt das Interesse an tieferen Messkosten im Stromwesen. Neben Unternehmen wie Migros fordern zunehmend auch Politiker wie Nationalrat Peter Schilliger, FDP/LU, Wettbewerb im Messwesen. Der Druck auf die Netzbetreiber steigt, ihren bisherigen Monopolkunden den Wechsel als freie Kunden zu günstigeren Messdienstleistern zu ermöglichen.

Valentin Gerig, Swiss Metering AG

LINK

www.swissmetering.ch

ENERGIEPOLITIK – Der Gebäudebereich ist der grösste Einzelposten der Energiewende. Die Kantone spielen hier eine Schlüsselrolle; sie erlassen die entsprechenden Musterenergievorschriften.

Zwängerei statt Zusammenarbeit

Am 2. Mai 2014 hat die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK) neue Energievorschriften für den Gebäudebereich in die Vernehmlassung gegeben: die Musterenergievorschriften der Kantone. Dieser Entscheidung wurde in der Bauszene Schweiz begrüsst, denn vorher wurden die neuen Vorschriften unter Verschluss gehalten. In der Vernehmlassung wurde vielfach der Wunsch geäussert, einen runden Tisch einzuberufen, um damit das Know-how der Branche besser einzubringen. Heute stehen wir vor der ernüchternden Situation, dass am 9. Januar 2015 an einer ausserordentlichen GV der EnDK der definitive Text verabschiedet worden ist. Der Wunsch nach einer weiteren Gesprächsrunde wurde ignoriert, weitere Gespräche fanden keine statt. War die Vernehmlassung also bloss eine Alibiübung? Tatsache ist: Ohne tatkräftige Zusammenarbeit mit den andern Hauptakteuren der Bauszene Schweiz werden die hochgesteckten Ziele kaum zu erreichen sein.

Überlastet und überfordert

Aus den kantonalen Amtsstuben kommen immer mehr auch Botschaften, wonach die am Geschehen Beteiligten total überfordert, die Grenzen erreicht oder bereits überschritten seien. Unter derartigen Zuständen bleibt kein Platz für zeitgemässe Prozesse. Dafür haben die überlasteten Akteure keine Zeit und zudem fehlen einfache Massstäbe zu deren Beurteilung.

«AUCH BEIM UMGANG MIT ENERGIE BRAUCHTS EINFACHE REGELN.»

«Bauen ist Sache der Kantone – wir lassen uns nichts wegnehmen», scheint das Leitmotiv der Energiedirektoren zu sein. Wie es besser gemacht werden müsste, lässt sich am Beispiel des bestehenden Gebäudeparks erklären. Alle sind sich einig:



Fassadenisolation und neue Verschalung als Beispiel: Den Weg zum erfolgreichen Energiesparen bestimmt der Investor.

Hier muss mehr investiert werden. Jährlich werden ca. 15 Milliarden Franken für Werterhaltung und Modernisierung ausgegeben. Dieser Betrag sollte auf 22 bis 25 Milliarden erhöht werden, damit der Sanierungsstau abgebaut werden kann. Jedes Gebäude ist eine Wertanlage, die professionell bewirtschaftet werden sollte. Dazu braucht es einfache Regeln auch bezüglich des Umgangs mit der Energie. Es macht durchaus Sinn, anspruchsvolle Ziele zu formulieren, wenn der Investor selber entscheiden kann, wie er sie erreichen will.

Stärken der Akteure nutzen

Es lohnt sich, die Hauptakteure, die bei einem konkreten Projekt zum Zuge kommen, genauer anzuschauen:

- **Kantone** – sie erlassen die Vorschriften;
- **Investoren** – sie investieren und lösen dadurch konkrete Taten aus;
- **Planer** – sie liefern die erforderlichen Unterlagen für die Ausführung;
- **Ausführende** – sie setzen die Projekte in die Tat um;
- **Vollzugsbehörden** – sie stellen sicher, dass die aufgestellten Regeln eingehalten werden.

Die Herausforderung besteht nun darin, die vielen Stärken dieser Akteure zu erkennen und richtig aufeinander

abzustimmen. Dadurch entstehen kostengünstigere Gesamtlösungen, die erst noch weniger Energie brauchen. Eine wichtige Frage ist dabei: Wieweit soll der Wärmeschutz getrieben werden und wann bringt eine moderne Haustechnik für weniger Geld mehr?

Aufs Wesentliche konzentrieren

Entscheidend ist, dass alle sich auf das Wesentliche konzentrieren. Heute herrscht der Trend, alle Details zu reglementieren. Die Kunst, auf einfache Weise das Wesentliche zu erreichen, droht verloren zu gehen. Nur sehr gute Fachleute mit langjähriger erfolgreicher Tätigkeit sind in der Lage, diese längst fällige Einfachheit auch zu erarbeiten. Hier liegt der Schlüssel zum Erfolg:

- Ziele einfach definieren, sie können/müssen eine Herausforderung sein.
- Einfach formulierte Vorschriften. Den Weg bestimmt der Investor. Die Kosten sinken und die Qualität steigt.
- Einfache Planungswerkzeuge erlauben allen Beteiligten, gute Lösungen zu finden. Auch Laien werden dadurch vorgeschlagene Lösungen besser verstehen und investieren.
- Dass für gewisse Optimierungsarbeiten durchaus aufwendige Planungsarbeiten erforderlich sein können,

wird dadurch nicht ausgeschlossen.

■ Bei der Erstellung der Vorschriften und der Planungswerkzeuge muss immer auch an den Vollzug gedacht werden. Die Ausrede, ein grosser Handlungsspielraum der Investoren überfordere die Vollzugsorgane, passt nicht zur Vielfalt der betroffenen Bauten und war auch bisher nicht zutreffend.

Grosser Nachholbedarf

Die MuKen 2014 beeinflusst den Unterhalt und Betrieb des bestehenden Gebäudeparks erheblich. Grosse Geldbeträge werden investiert. Es wäre daher angebracht gewesen, ein ausgewiesenes Ingenieurbüro mit der Sachbearbeitung zu beauftragen. Die Anliegen aller Hauptakteure wären dadurch angemessen berücksichtigt worden.

«DIE STÄRKEN DER AKTEURE RICHTIG AUF EINANDER ABSTIMMEN – NUR SO GEHTS.»

Die Energiedirektoren haben den Einstieg ins Zeitalter der Energiewende leider (noch) nicht gefunden. Diese Wende bedeutet für uns alle das Betreten von Neuland. Dazu braucht es eine Portion Pioniergeist, der heute noch weitgehend fehlt. Selbst Pioniere sind jedoch ohne einfache Massstäbe und Orientierungshilfen chancenlos – hier herrscht in der ganzen Energieszene Schweiz ein grosser Nachholbedarf.

Als Optimist bin ich überzeugt, dass in absehbarer Zeit auch die EnDK erkennt, dass neue Wege zum Erfolg führen. Korrekturen sind jederzeit möglich und ein Zeichen der Stärke; dieses wird von allen Beteiligten erwartet.

Peter G. Burkhardt,
dipl. Ing. ETH/SIA, Lyss BE

LINK

www.endk.ch

**COOL:
EISBRECHER-PRÄMIEN!**

**JETZT:
WINTER-SALE BEI SUBARU.**

**ZUM BEISPIEL:
OUTBACK 4x4.
PRÄMIE:
FR. 5'000.–**



Abgebildetes Modell: Outback 2.0D AWD Advantage, man., 5-türig, 150 PS, Energieeffizienz-Kategorie D, CO₂ 155 g/km, Verbrauch gesamt 5,9 l/100 km, Benzinäquivalent 6,6 l/100 km, Listenpreis: Fr. 37'150.–, abzüglich Eisbrecher-Prämie von Fr. 5'000.– = Fr. 32'150.– (Preis für Farbe Venetian Red Pearl).

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO₂ 144 g/km.

DER 4x4 FÜR DIE SCHWEIZ

SOLARTHERMIE – Die Ernst Schweizer und die Egon AG haben einen Funktions-Check für Solarthermieanlagen entwickelt. Der Online-Check hilft bei Optimierung und Unterhalt von Anlagen.

Webbasierter Check hilft steuern



Ab sofort können Solarthermieanlagen webbasiert überprüft werden: Anhand der Messdaten führt der Funktions-Check eine detaillierte Analyse des Solarkreislaufs, der Speichertemperaturen, der Stagnationszustände, des Durchflusses und der erzeugten Solarenergie durch.

Unterstützt vom Bundesamt für Energie BFE haben die beiden Zürcher Unternehmen Egon AG und Ernst Schweizer AG einen webbasierten Funktions-Check für Solarthermieanlagen entwickelt. Dieser Check überprüft alle wichtigen Funktionen der Anlagen und stellt sicher, dass sie korrekt arbeiten. An der Entwicklung des Funktions-Checks ebenso beteiligt waren die Projektpartner Industrielle Werke Basel, Meteotest und Steca Elektronik GmbH.

Der Funktions-Check ist ein Web-Tool, das ein Monitoring einer Solaranlage mit detaillierter Auswertung ermöglicht. Benötigt wird lediglich ein Solarregler mit SD-Karte, der an der Anlage installiert ist und die Messdaten speichern kann. Diese werden periodisch auf ein Web-Portal hochgeladen, grafisch dargestellt und nutzerspezifisch aufbereitet. Anhand der Messdaten führt der Funktions-Check eine detaillierte Analyse des Solarkreislaufs, der Speichertemperaturen, der Stagnationszustände, des Durchflusses und der erzeugten Solarenergie durch. Mit den Daten der Sonneneinstrahlung und der Aussentemperatur aus nahegelegenen Meteo-Stationen wird ausserdem ein Referenzertrag berechnet. Die Resultate dieser De-

tailanalysen können vom Servicepersonal abgerufen werden und geben Hinweise für die Optimierung und Problembeseitigung des Sonnenkollektor-Systems.

Transparenz für Lieferant und Kunde

Der Funktions-Check versichert dem Endkunden, dass die Anlage korrekt installiert wurde und funktioniert, dass die Ertragsmessung richtig erfolgt, die Anlage den erwarteten Ertrag liefert und dass keine Folgeschäden aufgrund von kleinen Mängeln zu erwarten sind. Statistische Auswertungen unterstützen den Lieferanten bei der Optimierung von Produkten und Installationsanleitungen zum Nutzen des Kunden.

Der Funktions-Check hat die gründlichen Feldtests bestanden und wird ab sofort von der Ernst Schweizer AG als Dienstleistung angeboten. Damit optimiert Schweizer seine Service-, Wartungs- und Installationsleistungen weiter und bietet den Betreibern von Sonnenkollektor-Systemen zusätzlichen Nutzen und Sicherheit.

LINK

www.egonline.ch

www.schweizermetallbau.ch

Naturstrom zahlt sich aus.

Testen Sie uns:
ewb.ch/kmustrom

KMU mit einem jährlichen Stromverbrauch von über 100'000 Kilowattstunden können ihren Stromanbieter frei wählen – da kann sich ein Wechsel schnell bezahlt machen. Energie Wasser Bern bietet Ihnen ökologisch nachhaltigen Strom zu marktgerechten Preisen. Und eine Energieberatung, die sich genau nach den Bedürfnissen Ihres Unternehmens richtet.

Berechnen Sie Ihr Sparpotenzial mit wenigen Klicks unter ewb.ch/kmustrom

Stellen Sie noch heute die Weichen für morgen!

Energie Wasser Bern

ewb

LEHNER VERSAND AG – Seit 2009 nimmt die Lehner Versand AG am KMU-Modell der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) teil. Dank einer neuen Wärmepumpe und der Umstellung auf LED reduziert das Unternehmen seinen Öl- und Stromverbrauch.

Ein vorbildlicher Familienbetrieb



Die Lehner Versand AG: 150 Mitarbeitende, ein Versandvolumen von jährlich 23 Millionen Katalogen und vier Filialen.

1983 übernahm Gerold Meier den in einer Dreizimmerwohnung an der Zürcher Konradstrasse eingemieteten Laden von Othmar Lehner. Dieser verkaufte Bettwäsche und Arbeitskleidung und bewarb sie über Inserate in Zeitungen. Gerold Meier ging einen Schritt weiter und gab im Folgejahr einen Versandkatalog mit einer Auflage von 300 000 Stück heraus. Der Grundstein für die heutige Lehner Versand AG war gelegt, eine Verlagerung des Standorts kurze Zeit später aus Platzgründen war unumgänglich. Nach einem neunjährigen

ENERGIE-AGENTUR

Von der Wirtschaft, für die Wirtschaft

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) bietet ihren Teilnehmenden einen Rundum-Service im Energie-Management mit von Behörden anerkannten Produkten, Dienstleistungen und Tools. In der Umsetzung setzt die EnAW auf wirtschaftliche Effizienzmassnahmen, die den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss jedes Unternehmens senken. Die EnAW ist eine Non-Profit-Organisation von der Wirtschaft für die Wirtschaft.

LINK

www.enaw.ch

Gastspiel in Sursee ist der Lehner Versand seit 1993 im luzernischen Schenkon beheimatet. Trotz mittlerweile 150 Mitarbeitenden, einem Versandvolumen von jährlich 23 Millionen Katalogen und vier Filialen für den Direktverkauf ist die Lehner Versand AG eines geblieben: ein reines Familienunternehmen. Thomas Meier ist seit 2008 im Betrieb. Für ihn und seinen Bruder Philipp war früh klar, dass sie Teil des elterlichen Unternehmens werden möchten: «Es war immer angedacht, dass ich einsteigen werde. Heute sind mein Bruder und ich für den Einkauf und das Marketing verantwortlich. Meine kaufmännische Ausbildung habe ich in Handelsbetrieben absolviert. Dank Wanderjahren bei verschiedenen Versandunternehmen und einer berufsbegleitenden Ausbildung zum Betriebsökonom an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) konnte ich mich bestmöglich auf mein aktuelles Tätigkeitsfeld vorbereiten.»

Bereits zuvor aktiv

Auch in den Verantwortungsbereich von Meier fällt die 2009 mit der EnAW abgeschlossene freiwillige Zielvereinbarung im Rahmen des KMU-Modells. Mit einer Laufzeit bis 2019 wurden bei einem Gesamtenergieverbrauch von jährlich 500 000 Kilowattstunden am Standort Schenkon wirtschaftliche Einsparungs-

massnahmen in der Höhe von knapp 45 000 Kilowattstunden vereinbart. Aufmerksam gemacht auf das KMU-Modell wurde Meier von seinem Kundenberater Rolf Gutjahr von der Centralschweizerischen Kraftwerke AG (CKW): «Bereits vor der Teilnahme bei der EnAW haben wir unsere kompletten Dächer mit Solarpanels bestückt. Den daraus gewonnenen Strom verkaufen wir via CKW der KEV. Rolf Gutjahr hatte uns in einem Gespräch das KMU-Modell erklärt und Kosten und Nutzen aufgezeigt. Schnell war uns klar, dass es sich um eine lohnende Sache handelt. Dass die CKW 40 Prozent des jährlichen Teilnahmebeitrags beim KMU-Modell zurückerstattet, hat uns zusätzlich motiviert.»

LED als Schwerpunkt

Zusammen mit KMU-Berater Stefan Eggimann prüfte Meier die Energie-

effizienz des Standorts Schenkon auf Herz und Nieren. Auf einer eintägigen Begehung des Betriebs wurden nicht nur grosse Effizienzprojekte, sondern auch kleine Verhaltensänderungen mit grossem Potenzial eruiert. Meier erinnert sich: «Stefan Eggimann wies mich zuerst auf scheinbar kleine Dinge hin, so beispielsweise unsere Kaffeemaschine, die 24 Stunden lief, oder auf die Tatsache, dass wir aufgrund der Lageraufteilung mit unseren Radiatoren nicht den Raum, sondern unsere Pakete wärmten.» Aber nicht nur im Kleinen wurden sie fündig. Eggimann schlug vor, die bestehende Ölheizung durch eine Wärmepumpe zu ersetzen und die neue Lagerhalle auf einer Fläche von 6000 Quadratmetern mit LED auszurüsten. Für Eggimann kein Regelfall: «Mit dem wirtschaftlichen Entscheid, im Neubau konsequent auf LED zu setzen, spart der Lehner Versand

jährlich 87 000 Kilowattstunden Strom ein. Projekte in dieser Grössenordnung sieht man nicht alle Tage.» Um das Vorhaben umzusetzen, so Meier, war aber auch Überzeugungsarbeit nötig: «Mit dem Vorschlag, LED zu nutzen, hat KMU-Berater Eggimann einen grossen Wurf gelandet. Entscheidend war hierfür auch die genaue Kosten-Nutzen-Rechnung der EnAW. Schliesslich musste ich meine Familie erst davon überzeugen, dass es sich wirtschaftlich lohnt, im Vergleich zu einer konventionellen Beleuchtung 60 000 Franken mehr zu investieren. Heute sind wir und auch unsere Mitarbeitenden mit der Lösung vollends zufrieden. Eine Umrüstung der alten Lagerflächen wäre denkbar.»

Janick Tagmann

LINK

www.lehner-versand.ch

INTERVIEW

«Wir brauchen jährlich 40 000 Liter Öl weniger»

Der Mitinhaber der Lehner Versand AG über Massnahmen und Zielsetzung.

Schweizerische Gewerbezeitung: Die Lehner Versand AG setzt auf Onlinelösungen und den Katalogversand. Eine erfolgversprechende Kombination?

■ **Thomas Meier:** Wir generieren 40 Prozent unseres Umsatzes über unseren Katalog, das heisst über telefonische und schriftliche Bestellungen. 40 Prozent unserer Kunden wiederum kaufen online ein und 20 Prozent direkt in unseren Filialen. In der Online-Welt werden Kataloge seit langem totgesagt. Ich bin jedoch noch ein Papiergläubiger, und unsere Umsätze in diesem Bereich, die vor allem auf dem Land und bei einer älteren Kundschaft generiert werden, untermauern den Erfolg unserer zweigleisigen Strategie.

Kann man online überhaupt gegen die Riesen des Versandhandels bestehen?

■ Unsere Umsatztreiber wie Heimtextilien und Arbeitskleidung sind margenstabil und keinen saisonalen Trends unterworfen. Im Vergleich zu den internationalen Versandhändlern sind wir nicht im hochmodischen Be-

reich tätig. Das Aufkommen neuer Anbieter erachte ich als gewinnbringend. Sie giessen Wasser auf unsere Mühlen, da sie die Online-Affinität unserer Kundschaft erhöhen. Nichtsdestotrotz bleibt es für uns ein Spagat: Wir kommen aus der Old Economy mit Print und Bodenständigkeit. Zugleich dürfen wir online den Anschluss nicht verpassen und werden darum im Januar 2015 unserer Kundschaft eine gänzlich neue Online-Lösung präsentieren.

Neu ist auch Ihre Wärmepumpe. Wie kam es zum Projekt?

■ Den Einsatz einer Wärmepumpe haben wir mit unserem KMU-Berater Stefan Eggimann diskutiert. Nach einer sorgfältigen Prüfung haben wir das Projekt in Angriff genommen. Heute sparen wir dank der Nutzung von Grundwasser aus 20 Metern Tiefe jährlich rund 40 000 Liter Öl ein. Diesen Winter steht erstmals der Härtestest bevor: Wir haben die Kapazitäten der Wärmepumpe jedoch grosszügig bemessen, so dass wir nicht in Jacken rumlaufen müssen.



Wurden Sie bei diesem Projekt auch finanziell unterstützt?

■ Wir wurden von der Klimastiftung Schweiz gefördert. Auch die Gemeinde Schenkon hat sich pauschal mit 10 000 Franken an den Kosten beteiligt. Dieses Engagement freut mich besonders.

Was motiviert Sie bei der Umsetzung der Massnahmen?

■ Wir setzen unsere Massnahmen nicht zu Marketingzwecken um, zumal ein nachhaltig agierendes Unternehmen beim Endkunden nicht automatisch einen Vorteil geniesst. Die umgesetzten Massnahmen, so auch unsere E-Tankstelle vor dem Hauptsitz oder der Bezug von Strom aus reiner Wasserkraft von den CKW, entsprechen unserem wirtschaftlichen Selbstverständnis.

Interview: Janick Tagmann

ANZEIGE

KOSTEN SENKEN DURCH ENERGIEEFFIZIENZ.

«Energie ist ein wichtiges Thema bei der Milchverarbeitung. Dank der Zusammenarbeit mit der Energie-Agentur reduzieren wir unsere Energiekosten und entlasten die Umwelt.»

Markus Züger, Verwaltungsratspräsident, Züger Frischkäse AG, Oberbüren



ENERGIE-AGENTUR
DER WIRTSCHAFT EnAW

Jetzt informieren:
044 421 34 45
www.enaw.ch

AUSSENPOLITIK – Das Verhältnis der Schweiz zu ihren europäischen Nachbarn gab an der 66. Gewerblichen Winterkonferenz Anlass zu kontroversen Diskussionen. Als Zankapfel erwies sich – nicht ganz unerwartet – die Personenfreizügigkeit.

Wie viel Nähe zu Europa darfs sein?

Das Verhältnis der Schweiz zur EU war am Donnerstag, 15. Januar – genauer: am Morgen, bevor die Schweizerische Nationalbank den Mindestkurs des Frankens zum Euro fallen liess – Thema der 66. Gewerblichen Winterkonferenz des sgv in Klosters. Staatssekretär Yves Rossier brachte die offizielle Sicht der Dinge ein und stellte fest: «Eine effektive Nähe der Schweiz besteht im Wesentlichen zu vier von 28 Staaten: Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich.» Das Ja der Schweiz zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 habe v. a. in den genannten vier Staaten starke Reaktionen ausgelöst und werde als Affront gegenüber den eigenen Bürgern gewertet. Dabei helfe es auch nicht, dass bis zur Umsetzung drei Jahre vergehen sollen: «Das ist, wie wenn Sie Ihrer Frau sagen, Sie würden sie betrügen – aber erst in drei Jahren», kalauerte Rossier und warnte vor bestehenden und anhaltenden Irritationen. «Drei Jahre sind eine kurze Zeit», meinte der Staatssekretär angesichts der langen Verfahren in der Schweiz und der noch deutlich längeren Wege in der EU. In der Schweiz bestehe eine Angst, dass eine zunehmende Integration die

Regeln des eigenen Zusammenlebens im Land bedrohe. Am Beispiel von Spaniens Konflikt mit den zentrifugalen Kräften in Katalonien illustrierte Rossier demgegenüber die Ängste um den Zusammenhalt einzelner Länder, falls den Schweizern «eigene Regeln» zugestanden würden.

Drohender Dambruch

«Die EU wird die Büchse der Pandora nicht öffnen», war Wirtschaftspublizist Beat Kappeler mit Rossier einig: «Denn dann droht der EU ein Dambruch.» Damit aber hatte es sich mit der Einigkeit der beiden Referenten. Das «verfasste Europa», wie Kappeler das Resultat einer rasant fortschreitenden europäischen Integration bezeichnete, wecke bei den Befürwortern «fast schon heilgeschichtliche Erwartungen». Die aus dem Jahr 1958 stammende Präambel eines immer engeren Zusammenschlusses («the ever closer union») gelte absolut, das antiliberalen Opferdenken und seine Verrechtlichung schritten in der EU stets weiter voran. Statt der Selbstverantwortung mündiger Bürger stehe dabei eine zunehmend kollektivistisch geprägte «Politik linker Approaches» im Vordergrund, die Bürger in erster

Linie als Opfer betrachte, die es zu schützen gilt. Schutzregeln würden ausgebaut, Beweislasten umgekehrt, Verträge nachträglich annullierbar gemacht, kurz: «Das anwaltschaftliche Denken hat Hochkonjunktur.»

Ein Mangel an Legitimation

Durch wiederholte Rechtsbrüche habe sich die EU selbst verraten, und die zunehmende Überschuldung im Euroraum habe zu einer gigantischen Fehlallokation von Kapital geführt, so Kappeler weiter. Das Resultat: «Europaweiter Unfrieden zwischen dem Norden und dem lateinisch-griechischen Süden, ein Mangel an Legitimation und zunehmender Zynismus unter den Bürgern.»

Umstrittene Personenfreizügigkeit

Die anschliessende Diskussion unter Leitung von «Weltwoche»-Chef Roger Köppel bestritten die Parteipräsidenten Toni Brunner (SVP) und Philippe Müller (FDP), Ständerat Pirmin Bischoff (CVP) und Nationalrätin Barbara Gysi (SP). Brunner wehrte sich gegen Referent Kappelers Aussage, Verhandlungen über die Personenfreizügigkeit (PFZ) mit der EU seien «ein Wahn». Notfalls sei auch eine



«Das »verfasste Europa« weckt bei seinen Befürwortern fast schon heilgeschichtliche Erwartungen», kritisiert Wirtschaftspublizist Beat Kappeler.

Kündigung der PFZ denkbar: «Schon oft wurde der Teufel an die Wand gemalt», sagte Brunner und erinnerte daran, dass auch die EU gegenüber der Schweiz wiederholt als Bittstellerin auftrete. Die Wirtschaft brauche die bilateralen Verträge, hielt Müller dagegen: «Oder wie sollten wir denn ohne das Schengen-Abkommen funktionie-

ren?», fragte er angesichts von täglich 1,3 Millionen Grenzübertritten und 700 000 Fahrzeugen. Bischoff unterstrich, dass die EU «eine Realität» und die Schweiz auf gute Beziehungen zu ihr angewiesen sei. Und Gysi meinte sogar: «Die Schweiz steht als Beispiel für ein besseres Europa.»

Er

WEITERBILDUNG – Mit der Initiative «BildungPlus» will der Verband Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten (VSSM) die Zukunft der Branche sichern. Damit begegnet er auch dem Fachkräftemangel sowie dem Druck aus dem Ausland.

Junge Leute rechtzeitig mobilisieren

Die Schreinerbranche ist gut aufgestellt. Rund die Hälfte der Mitgliederbetriebe beschäftigt zwischen sechs und zwanzig Mitarbeitende, betonte Daniel Borner, Direktor des Verbandes Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten (VSSM). Er stellte anlässlich der 66. Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters seine Initiative «BildungPlus» vor. «Dieser Wachstumstrend bei den Schreinerunternehmungen wird sich fortsetzen», ist Borner überzeugt. Als Gründe nannte er die zunehmende Technologisierung und den damit verbundenen Investitionsbedarf. Allerdings wandelten sich die Ansprüche an die Branche, und dies betraf auch die Berufsbildung. «Wir verlieren bereits während der Ausbildung 20 Prozent der Lernenden. Im Alter zwischen 20 und 30 wandern rund weitere 20 Prozent der Fachkräfte in andere Branchen ab. Unsere Unternehmer haben Mühe, ausreichend Fach- und Führungskräfte zu rekrutieren, und nur 45 Prozent der

Führungskräfte haben jemals eine Führungsausbildung absolviert.» Angesichts des steigenden Wettbewerbs von aussen und des Fachkräftemangels müsse man handeln.

«WIR VERLIEREN BEREITS WÄHREND DER AUSBILDUNG 20 PROZENT DER LERNENDEN.»

Deshalb wolle der VSSM die Aus- und Weiterbildung vorantreiben und habe sich für die Legislatur 2015–2018 die Weiterbildung als strategischen Erfolgsfaktor auf die Fahne geschrieben. «Wir wollen junge Leute rechtzeitig motivieren und keine amerikanischen Handwerkerhältnisse schaffen», brachte es Borner auf den Punkt. Und nicht zuletzt müsse es auch gelingen, die Unternehmer selbst davon zu überzeugen, ihr Wissen mit regelmässigen Updates zu pflegen.

Am selben Strick ziehen

Diese Mobilisierung der Mitglieder sieht der VSSM als eine Bildungsreise in drei Etappen: «Wir können die zukünftigen Herausforderungen der Branche bezüglich dieses Themas nur gemeinsam lösen», sagte Borner. An regionalen Veranstaltungen sollen den Unternehmern deshalb aufgezeigt werden, «welchen Wert eine systematische Mitarbeiterförderung für das Unternehmen hat und wie diese auf einfachem Weg erreicht werden kann». Sogenannte Bildungsbotschafter sollen gezielt Unternehmer und Mitarbeitende beraten und

coachen. «Wenn wir am Ende dieser Reise angekommen sind, hoffen wir, dass unsere Mitglieder erkannt haben, dass Weiterbildung sowie die Förderung der Mitarbeitenden, ein strategischer Erfolgsfaktor unserer Branche ist», so Borner. Er ist überzeugt: «Unsere Kundschaft zahlt einen guten Preis, wenn sie weiterhin auf eine qualitativ hochstehende Arbeit zählen kann.»

Neuer SIU-Lehrgang

Hans Peter Baumgartner, Vorsitzender der Geschäftsleitung des Schweizerischen Institutes für Unternehm-

schulung (SIU), stellte den neuen Lehrgang «Eidg. dipl. Unternehmensleiter/-in KMU», der seinen Fokus auf die strategische Unternehmensführung richtet und nahtlos an die Ausbildung «Fachmann/-frau Unternehmensführung» anschliesst, vor. Das SIU wird neu die künftigen Berufsleute der Branche der Bäckerei-Konditorei-Confiserie auf die Höhere Fachprüfung (HFP) vorbereiten.

CR

LINKS

www.vssm.ch
www.siu.ch

ANZEIGE



gasser BAUMATERIALIEN

«Vom Keller bis zum Dach»

Baumaterialien für jedes Bauvorhaben.

Josias Gasser Baumaterialien AG
Haldensteinstrasse 44, 7001 Chur
Tel. 081 354 11 11, Fax 081 354 11 10
info@gasser.ch
www.gasserbaumaterialien.ch

Für Daniel Borner, Direktor des VSSM, ist Weiterbildung ein strategischer Erfolgsfaktor: «Wir wollen die Schreinerzukunft unserer Jungen an die Hand nehmen.»



BILDER: ANDRÉ ALBRECHT

SCHWEIZ-CHINA – Unser Land und seine Produkte sind im Reich der Mitte hoch angesehen. «Swiss made» steht für Vertrauen und Qualität. Wichtig im Umgang mit China sind Offenheit für kulturelle Unterschiede – und die intensive Pflege von Kontakten.

Die Schweiz steht für Innovation

«Beim Freihandelsabkommen mit der Schweiz, das seit dem 1. Juli 2014 in Kraft ist, handelt es sich um das erste derartige Abkommen in Europa und das umfassendste, das China bisher abgeschlossen hat: ein echter Meilenstein.» Dies sagte Xia Ling, Chefredaktorin der «China Business Times», an der 66. Gewerblichen Winterkonferenz des sgv in Klosters. Ihr 1989 gegründetes Blatt ist nicht bloss eine einflussreiche Zeitung, sondern zudem eine Brückenbauerin und eine Plattform, die – auch Schweizer – Unternehmen das Fussfassen in China erleichtern kann. Dahinter steht die 1953 gegründete All-China Federation of Industry and Commerce, Chinas grösster Handels- und Industrieverband mit Mitgliedern aus allen Branchen.

Hoch angesehene Schweiz

Die Schweiz genießt im Reich der Mitte v.a. für ihre Innovationsfähigkeit einen ausgezeichneten Ruf, so Xia Ling. Deshalb stehe unser Land – nach den USA und Deutschland – auf der Top-3-Liste chinesischer Investoren. Schweizer Markenprodukte genießen in China einen exzellenten Ruf und sind seit Jahrzehnten Synonyme für Qualität und Vertrauen. «Auf das Label «Swiss made» ist man bei uns ganz einfach stolz.» Der riesige, rasant wachsende chinesische Markt biete innovativen Schweizer Unternehmen – insbesondere auch den KMU – ungeahnte Chancen. Allerdings müsse man sich bewusst sein, so Xia Ling, dass die Epoche der Billigprodukte vorbei sei:

«Innovation und Dienstleistungsorientierung sind heute in China ebenso wichtig wie in der Schweiz.»

«KMU garantieren Stabilität»

KMU seien wichtige Kräfte für die ökonomische und soziale Entwicklung des Milliardenreichs und garantierten Stabilität. Mit einem Steuerertrag von 50 Prozent, einer Patentquote von 60 Prozent, als Anbieter von 80 Prozent der Arbeitsplätze und einem Anteil von 99 Prozent aller Betriebe seien KMU nicht nur die dynamischste Gruppe von Unternehmen, sondern schlicht unverzichtbar für das chinesische Wachstum.

Bereits sind laut Xia Ling rund 400 Schweizer Firmen mit 900 Niederlassungen in China aktiv. Die Schweiz ist Chinas grösster Handelspartner in Europa; China andererseits der grösste Handelspartner der Schweiz in ganz Asien.

«Richtige» Partner finden

Der «Herausforderung China» stellt sich die Swiss Licht AG aus dem sanktgallischen Niederbüren. In China lässt sie u.a. LED-Leuchten für Strassen und Tunnel herstellen. Swiss-Licht-Gründer Matthias Gering nutzt China als Beschaffungs-, Europa als Absatz- und die Schweiz als Testmarkt und ist seit über zehn Jahren auf dem chinesischen Markt tätig. Um in China Erfolg zu haben, empfiehlt Gering, lokale Dolmetscher idealerweise mit technischem Know-how beizuziehen. Persönliche, ausdauernd zu pflegende Kontakte sei-



«Die Schweiz genießt bei uns einen ausgezeichneten Ruf», sagt Xia Ling, Chefredaktorin der «China Business Times».

en ebenso unerlässlich wie eine Überwachung der Qualität vor Ort und möglichst auslaufender Produktion. Vorlaufzeiten von bis zu 15 Wochen erlaubten termingerechte Transporte. Das Wichtigste aber: «Schweizer KMU müssen lernen, Hilfe anzunehmen.» Nur durch die Auswahl der richtigen, lokalen Partner sei ein erfolgreicher Marktzutritt im Reich der Mitte überhaupt erst möglich.

Offenheit und Respekt

Wie wichtig es ist, in China Beziehungen zu pflegen, unterstrich auch Daniel Frutiger von der Zaugg AG im bernischen Eggwil. «Trinken, Essen, Reden, Sitzen... – da müssen wir durch», sagte der Produzent von Schneeräumfahrzeugen und von Maschinen zur Präparierung von Snowboard-Halbpipes. Schweizer Unternehmen sollten nur solche Mitarbeitende nach China schicken, die

auch den nötigen Respekt und die Offenheit für die Kultur des Landes hätten.

En

LINKS

www.chinachamber.org.cn
www.chinabusinessstimes.com
www.swisslicht.com
www.zaugg-ag.ch

KMU IM EXPORT – Der Handel im internationalen Umfeld ist für KMU sowohl eine Chance als auch eine grosse Herausforderung – oft auch eine Gratwanderung zwischen den Kulturen. Neue Märkte tun sich besonders in China auf.

«Alles ist möglich, nichts ist einfach»

Christine Kaufmann von der Universität Zürich veranschaulichte an der 66. Gewerblichen Winterkonferenz, wie sich KMU möglichst effizient im internationalen Umfeld bewegen und der Export zur Chance und nicht zur Gratwanderung zwischen den Kulturen wird. Unter dem Titel «Andere Länder – andere Sitten: Erfolgreicher Umgang mit Stakeholdern» stellte sie einen sogenannten «Knigge» für im

Export tätige KMU zusammen. Anhand eines Fallbeispiels – ein KMU produzierte in Indien Zivilschutzkleider im Rahmen eines kantonalen Beschaffungsprojektes und erntete dafür negative Schlagzeilen – demonstrierte Kaufmann, mit welchen regulatorischen Eigenheiten ein KMU bei seiner internationalen Tätigkeit konfrontiert werden kann. «Der Umgang mit Stakeholdern muss gelernt sein

und darf nicht dem Zufall überlassen werden», warnte Kaufmann und gab zu bedenken, dass das regulatorische Umfeld für KMU sehr unübersichtlich sei. Der rote Faden darin sei die Sorgfaltspflicht. Gemeint sei damit, das unternehmerische Risiko zu vermeiden. Zu den grossen Herausforderungen für international tätige KMU zählte die Fachfrau des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschen-

rechte (SKMR) eine unübersichtliche Vielfalt an verbindlichen Regeln, rechtlich unklar formulierte «Erwartungen», freiwillige Standards sowie unterschiedliche Kultur- und Rechtsverständnisse.

«VERBEISSEN SIE SICH NICHT IN DETAILS!»

«Für KMU ist es oft schwierig, an die entsprechenden Informationen zu gelangen und deren Zuverlässigkeit zu beurteilen. Ein Ja bedeutet nicht in jedem Land ein Schweizer Ja», so Kaufmann. Sie riet exportorientierten KMU beim Handel und Produktion im Ausland, in erster Linie sich nicht in Details zu verbeissen: «Sehen Sie neue Entwicklungen als Chance an, schonen Sie Ressourcen und gehen Sie proaktiv vor, dies ermöglicht Ihnen, auch zukünftige Rahmenbedingungen mitzugestalten.» Wichtig sei es für KMU zu wissen, in welchem Umfeld man sich bewegen möchte.

Starke Kontraste

Chancen und Herausforderungen für die Schweizer KMU im Reich der Mitte zeichnete Kurt Haerri, Leiter globale Geschäftsprozesse & Montagen für Neuanlagen bei der Schindler Management AG, auf. China ist auf

der Überholspur – bevölkerungsmässig, aber auch wirtschaftlich in vielen Branchen. «China ist ein Kontrast zwischen Hightech-Nation und Schwellenland», so der versierte China-Kenner. Um in China geschäftlich Fuss zu fassen, brauche ein KMU eine klare Strategie. «Klären Sie ab, wie offen Ihre Branche in China ist, überlegen Sie sich, welche Geschäftsmodelle Sie nutzen, welchen Teil der Wertschöpfung Sie nach China verlagern wollen und wie Sie chinesische Talente und Führungskräfte erfolgreich im Unternehmen integrieren können», riet Haerri. Die kulturellen Unterschiede würden von den westlichen Firmen oft unterschätzt. Das chinesische Modell basiere stark auf dem Prinzip des «gegenseitigen Nutzens». «In der Zusammenarbeit mit chinesischen Partnern gilt: Alles ist möglich, nichts ist einfach. Die Anfangsphase ist langsam, wenn das Vertrauen einmal da ist, kann es sehr schnell gehen», so Haerri. Sein Rat: «Hingehen, verstehen und lernen.» Am meisten Potenzial in China sieht der Verwaltungsrat der Komax Holding AG für die Schweizer KMU in den Bereichen Umweltschutz, Luftreinigungstechnik und Gebäudebau. CR

LINK

www.skmr.ch

«Akzeptieren wir den neuen globalen Player und besinnen wir uns auf unsere Stärken, denn wir haben die Technologien, die China dringendst braucht», so der erfahrene China-Kenner Kurt Haerri. BILDER: ANDRÉ ALBRECHT





Impressionen der erfolgreichen 66. Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters. Prominenter Gast war Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein.

IMPRESSIIONEN – Krönender Endspurt mit Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein – Seine Exzellenz präsentierte seine Ideen von einem Staat im dritten Jahrtausend und begrüßte die World-Skills-2015-Kandidatinnen und -Kandidaten.

Moderne Staatskunst als Krönung

Schluss- und Höhepunkt der erfolgreichen 66. Gewerblichen Winterkonferenz war der Auftritt eines ganz besonderen Gastes: Seine Durchlaucht Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein schilderte seine Überlegungen zum «Staat im dritten Jahrtausend» und gab so eine Leseprobe aus seinem gleichnamigen Buch. Er erforscht dabei Strategien, wie im dritten Jahrtausend auf der ganzen Welt demokratische konstitutionelle Staaten verwirklicht werden können. In seinen Augen sollten die Staatsbürger nicht länger als Die-

ner des Staates, sondern der Staat sollte in ein Dienstleistungsunternehmen verwandelt werden, das den Menschen zu ihrem Wohle dient. «Es verbleibt beim Staat meiner Meinung nach nur mehr erstens die Aussenpolitik, zweitens die Aufrechterhaltung des Rechtsstaates, drittens das Bildungswesen und viertens die Staatsfinanzen. Alle anderen Aufgaben lassen sich durch die Privatwirtschaft oder auf Gemeindeebene besser und billiger lösen», so Fürst Adam. Seine Forschungen über Regierungsformen sind umfassend und

beinhalten auch seine Analyse von direkter und indirekter Demokratie, wobei er auf die Schweizer Verfassung von 1848 zurückgreift.

Berufselite zu Besuch

Im Kapitel über das Bildungswesen stellt der Fürst die Frage, ob Bildung auch im dritten Jahrtausend die Aufgabe des States sein soll. Immerhin könne Bildung kaum als öffentliches Gut definiert werden. «Anstatt die Schulen mit Steuergeldern zu subventionieren, ist es besser, die Eltern bzw. die Schüler zu subventionieren,

damit sie sich jene Schulen aussuchen können, die für sie die besten sind», meint Hans Adam II. und greift damit auf die Gutscheineidee Milton Friedmans zurück. Er argumentiert dabei nicht für die Abschaffung eines staatlichen Bildungswesens, sondern für eine Änderung der Finanzierung und mehr Wettbewerb.

Mit dem Auftritt des SwissSkills-Teams wurde dem Fürsten die Schweizer Berufselite vorgestellt. Nationalrat und sgv-Präsident Jean-François Rime freute sich, die 8 Kandidatinnen und 32 Kandidaten sowie

die 38 Experten präsentieren zu können. Das gemütliche Beisammensein und Netzwerken bei Speis und Trank auf der Madrisa, dem Hausberg von Klosters, rundete die diesjährige Gewerbliche Winterkonferenz ab.

Text: CR

Bilder: André Albrecht

LINKS BILDGALERIE

www.sgv-usam.ch/klosters
www.gewerbezeitung.ch/de/newsmedien/fotogalerien/gewerbliche-winterkonferenz-2015.aspx



SULSER GROUP – Die KMU-Firmengruppe im zürcherischen Otelfingen festigt mit einer der modernsten Logistikplattformen in der Schweiz die Position ihrer beiden Tochtergesellschaften Sulser Transport AG und Sulser Logistics Solutions AG.

Logistiklösungen aus einer Hand

Die Sulser Logistik AG hat in ihrer Firmengeschichte einen weiteren Meilenstein gesetzt: Zusammen mit ihrer Tochterunternehmung Sulser Logistics Solutions AG hat sie ihr Logistikcenter in Brunegg von Grund auf modernisiert. «Mit dieser Modernisierung bauen wir unser Dienstleistungsportfolio weiter aus und werden so in Zukunft die notwendige Plattform und Infrastruktur zur Verfügung haben, um für unsere Kunden nicht nur einen Mehrwert zu generieren, sondern ihnen auch einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen», betont Oliver Lindenberger, Geschäftsführer der Sulser Logistics Solutions AG.

«HEUTE SIND GANZHEITLICHE LÖSUNGEN AUS EINER HAND GEFRAGT.»

Ein Rundgang durch das neue Logistikzentrum am vorteilhaften Standort, direkt an der A1, zeigt beeindruckende logistische Höchstleistungen: Herzstück ist das vollständig umgebaute Hochregallager, das über 90 Meter lang und 30 Meter hoch ist und aus 13 Regaletagen besteht. Es ist ausgestattet mit modernster Steuerungstechnik für einen hocheffizienten Materialfluss. Zudem können gleichzeitig unterschiedliche Palettentypen – Paletten in Euromass, Industrie- oder Chemiepaletten – gelagert werden. Das neue Hochregallager bietet eine Kapazität für rund 9000 Paletten. «Gemeinsam mit einem angrenzenden Lagerbereich für manuelle Logistik können wir hier auf zirka 16 000 Quadratmeter Lagerfläche zugreifen. Wir können rund 200 Paletten pro Stunde jeweils zeitgleich im Warenein- und -ausgang bearbeiten», konkretisiert Lindenberger. Mit der Erweiterung der Lagerhalle auf 22 Kommissionierzonen und 30 LKW-Andockrampen hat das Logistikunternehmen einen gewaltigen Schritt Richtung Zukunft gemacht, in der es immer mehr darum geht, flexibel und schnell auf die sich ändernden Kundenanforderungen einzugehen.

Zentral ist für Oliver Lindenberger, die Synergien der beiden Unternehmen Sulser Transport AG und Sulser Logistics Solutions AG zu nutzen, weiterzuentwickeln und auszubauen. «Die Zukunft gehört den Logistikdienstleistern, welche ihre Kunden als Partner sehen, diese verstehen und zugleich in der Lage sind, aus einer Hand ganzheitliche und individuelle Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette anzubie-

ten», erklärt er und ergänzt: «Wir schaffen prozessorientierte Systemdienstleistungen für die gesamte Wertschöpfungskette der Kunden.» Die Tendenz zum Outsourcing von Logistikdienstleistungen verstärkte sich klar, betont auch Jürg Sulser, Inhaber der Sulser Group. Viele Unternehmen, gerade KMU, benötigen Unterstützung, um den Schritt zum Outsourcing professionell vollziehen zu können. Sie brauchen Support bei der Entwicklung eines für sie massgeschneiderten Outsourcing-Konzeptes – angefangen bei der Vorbereitung einer Ausschreibung, über die Auswahl eines neuen Partners, der ihnen Lagerlogistik und logistische Zusatzleistungen bietet, bis hin zum Wechsel zu einem neuen Transporteur. «Mit solchen ganzheitlichen Konzepten erhöhen wir sowohl die Effizienz als auch die Effektivität von Prozessen – weit über die klassische Distributionslogistik hinaus», so der engagierte Firmeninhaber.

«DIE HOHE GESCHWINDIGKEIT BEDINGT EINE HOHE FLEXIBILITÄT UND PROFESSIONALITÄT.»

Wie breit gefächert die Dienstleistungen eines modernen Logistikdienstleisters heute sind, dokumentiert ein Blick hinter die Kulissen: Mittlerweile bestimmen hier nicht mehr nur das Einlagern und die Auslieferung von Waren den Alltag, sondern Umpacken, Konfektionieren, Montieren, Kommissionieren und vieles mehr gehören ebenso zum vielfältigen Logistik-Service. Indem sie weniger branchenspezifisch, sondern mit einem breiten Portfolio agiert, unterscheidet sich die Sulser Logistics Solutions AG von ihren Mitbewerbern. So werden beispielsweise elektronische Geräte bei Sulser mit für den Schweizer Markt tauglichen Steckern und Treibern ausgerüstet. Das Logistikcenter beherbergt mit 13 000 Rädern das zweitgrösste Reifenhotel der Amag sowie ein Lager mit 60 000 bis 80 000 vormontierten Rädern für die Generalimporteure von Nissan und Renault. «Die Händler können ihre Bestellung direkt in unser ERP-System eingeben, und je nach Bestellung werden dann bei uns die Felgen auf die Reifen montiert und ausgeliefert», erklärt Lindenberger.

Internationale Drehscheibe

Welch vertrauenswürdigen Ruf das Unternehmen genießt, zeigt auch das



Mit dem von Grund auf modernisierten Logistikcenter im aargauischen Brunegg stellt die Sulser Logistics Solutions AG ihren Kunden eine der modernsten Logistikplattform in der Schweiz zur Verfügung. Kleines Bild: Jürg Sulser, CEO Sulser Group.

Mikrofilmarchiv einer namhaften Firma, welches im Hochsicherheitslager in Brunegg untergebracht ist. In diesem Frühling wird das Logistikcenter zudem mit einem Grosskunden aus der Kosmetikbranche zur internationalen Drehscheibe. In Brunegg werden unter grössten Sicherheitsvorkehrungen Parfümerieprodukte gelagert, konfektioniert oder umgepackt und in Du-

ty-Freeshops sowie Läden in die ganze Welt transportiert. Das KMU bietet aber auch ausgefeilte Logistikkonzepte und Lösungen für den Versandhandel und für Onlineshop-Betreiber – ein wichtiges Segment in der Logistikbranche. Hier sieht Jürg Sulser auch eine der grössten Herausforderungen in der Logistik- und Transportbranche: «In der Regel wird bis 16 Uhr ein Produkt

bestellt und muss am anderen Tag beim Empfänger sein. Diese hohe Geschwindigkeit bedingt eine hohe Flexibilität und Professionalität, ein ausgeklügeltes Logistik-Know-how und intelligent gesteuerte IT-Prozesse. Wir müssen schnell auf neue Marktanforderungen reagieren können.»

Im Logistikcenter in Brunegg sind 30 bis 40 Mitarbeitende beschäftigt. 10 bis 15 Prozent der Güter werden nach Europa geliefert. Dabei wird eng mit der Sulser Transport AG zusammengearbeitet. Auch hier gelten das Credo der persönlichen Betreuung und Beratung sowie ein Transportmanagement, welches sich deutlich von Standardlösungen abhebt. Die Kunden sind kleinere und mittlere Unternehmen in der Schweiz sowie bedeutende internationale Konzerne in ganz Europa. «Wir arbeiten mit eigenen LKW sowie mit ausgesuchten Partnernetzwerken. Dadurch haben wir freien Zugang zu beinahe unbegrenzten Lager- und Transportmöglichkeiten in der Schweiz, in Europa und weltweit», so der Zürcher Kantonsrat.

Corinne Remund

LINK

www.sulsergroup.ch

ANZEIGE

UMSATZSTEIGERUNG
MIT DEM WIR-SYSTEM



EIN NETZWERK
MIT 50'000 KMUS
WARTET AUF SIE!

Genossenschaftlich gut!
0848 947 947, wirbank.ch



SULSER GROUP KURZ ERKLÄRT

Logistik, Transport und Ausbildung

Die Sulser Group bearbeitet in einer Holdingstruktur den nationalen und internationalen Transport- und Logistikmarkt und gehört mit sieben Standorten in der Schweiz zu den Marktführern im Bereich der Erwachsenenbildung. In der Holding sind die vier Tochtergesellschaften integriert: **Sulser Transport AG, Sulser Logistics Solutions AG, Swiss Logistics Academy AG sowie Swiss ProWork AG.** Das gesamte Unternehmen beschäftigt rund 150 Mitarbeitende und hat seinen Hauptsitz im zürcherischen Otelfingen. **Die Swiss Logistics Academy AG** bietet ein umfassendes, von den kantonalen Behörden und der Suva anerkanntes Weiterbildungsprogramm in den Bereichen Transport und Lager-

logistik, Arbeitssicherheit und Bau, Personal und Organisation sowie firmenspezifische Lösungen. Mit über 90 000 Kursteilnehmenden zählt das KMU zu den grössten Fachausbildnern der Branche. Mit der 2009 gegründeten **Swiss ProWork AG** bietet die Sulser Group ein einzigartiges Konzept für die Integration von Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt sowie für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Lehrstelle. Die Auftraggeber sind Sozialbeauftragte von Städten und Gemeinden. Die Ausbildung wird alternierend im eigenen, voll ausgestatteten Lernlager, in den Werkstätten der Sulser Group sowie mit Praxiseinsätzen in einer der über 300 Partnerfirmen der Sulser Group durchgeführt. CR

FRAUEN IN DER KMU-WIRTSCHAFT – Anke Krause ist im Bereich Food & Beverage Stufe für Stufe die Karriereleiter hinaufgestiegen – mit Erfolg: Seit einem Jahr ist die KMU-Frau als CEO an der Spitze der Gamma Gruppe tätig und führt rund 70 Mitarbeitende.

Schritt für Schritt an die Spitze

Es gibt in der Schweiz insgesamt 56'445 Frauen, die in angestellter Form in der Geschäftsleitung eines Unternehmens tätig sind. Dazu gehört auch Anke Krause. Sie zeigt mit ihrem Werdegang beispielhaft die Situation der Frauen in der KMU-Wirtschaft, die sich stark von denjenigen in der Wirtschaft oder Verwaltung unterscheidet. Seit 2013 führt die 40-Jährige als erste Frau die Gamma Gruppe. Zu dem Gastronomieunternehmen gehören neben dem Mutterhaus Gammacatering in Hünenberg im Kanton Zug auch das Member-Restaurant «Haute» im Herzen von Zürich sowie das «Zunftthaus zur Saffran» in Zürich. Mit viel Ausdauer, Disziplin und Einsatz hat sich die KMU-Frau stetig nach oben gearbeitet: Sie absolvierte die Hotelfachschule in Luzern, die sie 2000 erfolgreich abschloss. «Für mich war immer klar, dass ich im Bereich Food & Beverage etwas erreichen möchte», erklärt Anke Krause.

«EINE STÄNDIGE WEITERBILDUNG IST VORAUSSETZUNG IN MEINER POSITION.»

Ihre Karriere startete sie in Zürich, wo sie erst im Restaurant «LakeSide», später als stellvertretende Geschäftsleiterin des Restaurants «Blue Monkey» arbeitete. Vor 12 Jahren trat sie der Gamma Gruppe bei: Customer Relations Manager im Member-Restaurant «Haute», dann Geschäftsführerin und später COO der gesamten Gruppe. Das Pünktchen auf dem i ist das im letzten November abgeschlossene Studium (Executive MBA in General Management) an der HSG St. Gallen. «Man muss immer up to date sein. Die Wirtschaft verändert sich laufend. Eine ständige Weiterentwicklung ist Voraussetzung, damit ich meiner Position als CEO gerecht



Den «Gipfel» erreicht: Anke Krause, CEO der Gamma Gruppe, geniesst die Aussicht im Member-Restaurant «Haute» hoch über den Dächern von Zürich.

werden kann», betont Krause. Als Chefin der Gamma Gruppe führt sie drei gastronomische Betriebe, die sehr unterschiedlich sind: «Mir ist es wichtig, die einzelnen Betriebe stärker in die Unternehmung zu integrieren, um den Gruppengedanken zu stärken», sagt Krause.

Frauen stark auf dem Vormarsch

Besonders am Herzen liegt ihr dabei das operative Geschäft: «Es ist wichtig sowohl den Mitarbeitenden als auch den Gästen nahe zu sein. Dies ist nur möglich, wenn ich an der Front mitarbeite und die Kunden spüre. Das ist zentral in unserem Ge-

schäft.» Sie ist deshalb in jedem der drei Betriebe einen Tag pro Woche vor Ort. Die besondere Herausforderung an ihrer Führungsposition sieht die engagierte KMU-Frau vor allem darin, allen gerecht zu werden – den Mitarbeitenden, aber auch dem eigenen Qualitätsanspruch. «Ich habe ein sehr gutes Team und bin stolz darauf, wir haben schon vieles gemeinsam erreicht». Und sie ergänzt: «Dabei ist mir aber immer bewusst, ich bin nur so gut wie mein Team.» Als Chefin pflegt sie den partizipativen Führungsstil. Allerdings hätte sich in den letzten Jahren bezüglich der Position der

Frauen in der KMU-Wirtschaft wie auch in den grossen Unternehmen einiges geändert. «Es finden sich vermehrt Frauen in Führungspositionen, auch bei Grossbanken, in der Pharmaindustrie oder anderen Grosskonzernen. Der deutlich höhere Frauenanteil zeigt sich auch in unserem Member-Restaurant «Haute», beobachtet Krause. Dass immer mehr Frauen über eine höhere Fachausbildung Karriere machen, hätte sie auch bei ihrem MBA Studium an der Uni St. Gallen bemerkt: «Wir waren die frauenreichste Abschlussklasse mit rund einem Drittel Frauen.»

«FRAUENQUOTEN BRINGEN NICHTS. ES KOMMT AUF DIE BESTQUALIFIZIERTE PERSON AN.»

Frauen in Führungspositionen seien besonders in der KMU-Wirtschaft wie auch im Verwaltungsrat stark auf dem Vormarsch und überdurchschnittlich in Führungspositionen tätig. «Die Schweiz ist da sehr fortschrittlich. Gemäss einer Studie der Universität St. Gallen nehmen 35 Prozent der Frauen in der Privatwirtschaft eine Vorgesetztenfunktion ein», freut sich Krause, die es begrüssen würde, wenn noch mehr Frauen in der «Teppichetage» agieren würden. Dies sei jedoch ein Prozess, der sich selber regulieren müsse. «Quoten bringen da gar nichts. Wichtig ist, dass eine Führungsposition mit der bestqualifizierten Person besetzt wird, unabhängig vom Geschlecht», meint Krause.

Für Anke Krause ist das grosse emotionale Engagement und die hohe Identifikation mit dem Job ein charakteristisches Merkmal des weiblichen Führungsstils: «Wir Frauen bringen uns stark ein und sind viel näher beim Menschen. Ebenso sind wir detailfokussiert», betont die Po-

werfrau. Stark zum Zuge komme auch das organisatorische Talent des weiblichen Geschlechts: «Uns Frauen liegt es besonders, die Fäden in der Hand zu halten, gerade, wenn vieles parallel läuft.» Ehrlichkeit, ein guter Informationsfluss sowie eine effiziente Kommunikation mit dem Team und keine Berührungsängste machen das Erfolgsrezept von Anke Krause aus. Sie möchte in ihrer Position etwas bewegen und gestalten sowie Spass an der Arbeit haben. So wünscht sie sich für die Zukunft, «dass ich noch lange mit Freude hier arbeiten kann». Gross auf die Fahne geschrieben hat sie sich für die nächsten Jahre, das Unternehmen gesund wachsen zu lassen.

Corinne Remund

LINKS

www.kmufrauenschweiz.ch
www.gammacatering.com
www.haute.ch
www.zunftthauszursaffran.ch

GAMMACATERING

Führendes Catering-Unternehmen

Gammacatering steht seit über 28 Jahren für hochstehende gastronomische Kompetenz. Dazu gehören besonders die frische Zubereitung aller Speisen vor Ort und die Gewährleistung eines optimalen Serviceablaufs. Der Hauptsitz ist in Hünenberg (Zug), mit Zweigniederlassungen in Basel, Genf und St. Moritz. Heute beschäftigt die Gamma Gruppe rund 70 Festmitarbeitende und über 500 freie Mitarbeitende. Zur Gruppe gehören das 2001 gegründete Member-Restaurant «Haute» hoch über den Dächern von Zürich und das «Zunftthaus zur Saffran» in Zürich.

ANZEIGE

Erfolgsgeschichte Berufsbildungsjahr 2014

20 Jahre KMU Frauen Schweiz:
sgv und UBS schauen zurück und gratulieren

www.sgv-usam.ch/berufsbildung-2014



ZENTRUM PAUL KLEE BERN

Kampf gegen die Bürokratisierung

Während Jahren war die Schweizer Gesetzgebung liberal ausgerichtet. Die Gesetze wurden auf das notwendige Mass beschränkt. Die Verwaltungstätigkeit war lösungsorientiert statt überbordend gesetzgeberisch.

Innert zehn Jahren (2004–2014) ist der Umfang der geltenden Erlasse des Landesrechts und des Staatsvertragsrechts von rund 54 000 auf 66 000 Seiten gestiegen. Dabei sind die Gesetze der Kantone und Gemeinden sowie der diversen Aufsichtsbehörden noch gar nicht erfasst... Im allgemein anerkannten Indikator der Weltbank «Ease of Doing Business» ist die Schweiz vom guten Rang 10 im Jahr 2005 auf Rang 20 im Jahr 2015 zurückgefallen.

Zusätzlich ist in den letzten Jahren die Verwaltung in Bund, Kantonen und Gemeinden personell extrem stark gewachsen. Der Ausbau des Staates ist heute einer der wichtigsten «Wachstums»-Treiber für neue Arbeitsplätze. Diese befinden sich jedoch vorwiegend in der Verwaltung und in staatsnahen Betrieben, besonders in Bereichen wie Bildung und Gesundheit. Dieser Anstieg der Staatsquote ist langfristig äusserst schädlich.

Gerade nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses müssen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert werden. Ein wichtiger Punkt dabei ist der Abbau der Bürokratie – besonders für die KMU.

Sowohl Export orientierte Firmen wie auch Zulieferer haben als Folge des rasant erstarkten Frankens mit einem Gewinnrückgang zu rechnen. Eine Senkung der hohen administrativen Kosten durch die zahlreichen bürokratischen Hürden könnte dem entgegenwirken.

Klar ist: Die Bürokratisierung der Schweiz muss bekämpft werden. FDP, Die Liberalen, der Schweizerische Gewerbeverband sgv und die Helvetia Versicherungen werden aufzeigen wie dies funktioniert und möchten auch Sie miteinbeziehen! Diskutieren Sie mit unseren Experten – dabei sind u.a. **Philipp Müller**, Präsident FDP, Die Liberalen, **Eric Scheidegger**, Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, und **Hans-Ulrich Bigler**, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv – und bringen Sie Ihre Meinung mit ein.

Ort: Zentrum Paul Klee, Monument im Fruchtländ 3, 3000 Bern

Zeit: Mittwoch, 25. Februar 2015, 17 Uhr

Anmeldung: Bis 11. Februar per Mail an: lilienfeld@fdp.ch

PAULUS-AKADEMIE ZÜRICH

Ist Wohlstand unmoralisch?

Weshalb neigen die Kirchen dazu, Wohlstand und Reichtum gering zu schätzen? Und wie gehen Armutspredigt von der Kanzel und immense Reichtümer der Kirche zusammen? Oder: Weshalb ist das mit Wohlstand verknüpfte schlechte Gewissen auch in der säkularen Gesellschaft allgegenwärtig? Diese und andere Fragen werden diskutiert an einer Veranstaltung der Paulus-Akademie Zürich in Kooperation mit dem Schweizerischen Gewerbeverband sgv. Referent ist der Historiker **Volker Reinhart** von der Uni Fribourg, anschliessend diskutieren **Thomas Wallimann**, Leiter des Sozialinstituts Katholische Arbeitgeber/innen (KAB), und sgv-Direktor **Hans-Ulrich Bigler**.

Ort: Schreinerei Paul Kleger AG, Ausserdorfstrasse 24, 8052 Zürich

Zeit: Dienstag, 3. Februar, ab 18 Uhr

Anmeldung: Bis 27. Januar unter folgendem

LINK

www.paulus-akademie.ch

MARKTPLATZ

Gipserei Thomet AG

Hübeliweg 30
3052 Zollikofen
Tel. 079 435 58 45
Fax. 031 911 35 09
E-Mail: gipserei-thomet@bluewin.ch



SCHWEIZERISCHER DROGISTENVERBAND – Mit einer modernen Ausbildung sorgt der SDV für gutes Fachpersonal. Damit schafft er die Voraussetzung für eine sichere Selbstmedikation.

Gesundheitskosten dämpfen

Die Schweizer Drogerien setzen die ganzheitliche, eigenverantwortliche Gesundheit in den Mittelpunkt und räumen dabei der Selbstmedikation und den natürlichen Heilmitteln eine wichtige Rolle ein. Mit ihrer Beratung tragen sie dazu bei, dass täglich 130 000 Kundinnen und Kunden sicher und gut informiert ihre Gesundheit pflegen können. «Zur Behandlung leichter Erkrankungen geniesst die Arzneimittelabgabe durch Drogerien in der Schweiz ein sehr hohes Vertrauen», betont Martin Bangerter, Zentralpräsident des Schweizer Drogistenverbandes. 2011 habe jeder Bürger für die Behandlung leichter Erkrankungen und die Pflege seiner Gesundheit 89 Euro ausgegeben. «Das ist mehr als das Doppelte des europäischen Durchschnittes. Die Schweizer sind klar Weltmeister in der Selbstmedikation», so Bangerter. Drogerien würden so aktiv einen Beitrag für eine bessere Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserhaltung leisten und dazu beitragen, dass dem Gesundheitswesen unnötige Kosten erspart blieben.

«WIR SIND WELTMEISTER IN DER SELBSTMEDIKATION.»

Die Landschaft der Drogerien hat sich in den letzten 40 Jahren verändert. Mit 1161 Betrieben 1972 sowie 560 im Jahre 2014 hat sich der Bestand fast halbiert. Dies hat nicht nur mit altersbedingten Geschäftsaufösungen zu tun. Eine der grössten Herausforderung der Mitglieder sei es, gute zahlbare Standorte mit hoher Frequenz zu finden. «In der Innenstadt sind die Mieten heute auch für Drogerien fast nicht mehr zahlbar», stellt Bangerter fest. Allerdings kompensiere die Branche diesen Rückgang, dank vielen effizienten und umsatzstarken Betrieben. So erwirtschaftet eine durchschnittliche Drogerie im Bereich Gesundheit, Spezialernährung, Selbstmedikation und Kosmetik durchschnittlich 1,365 Mio. Franken.

«WIR PFLEGEN UNSERE KERNKOMPETENZEN – NUR SO SIND WIR GLAUBWÜRDIG.»

Auch die Kernbereiche haben sich gewandelt. «Heute stehen im gesundheitlichen Bereich die Komplementärmedizin und die Herstellung von Arzneimitteln viel mehr im Vordergrund», sagt Bangerter. «Chemikalien und Sachpflege sind stark zurückgegangen, während Farbstoffe, Spirituosen und Wein fast ganz aus dem Sortiment einer Drogerie verschwunden sind.» Aufschwung erhalten habe dafür die Kosmetik und Parfümerie. Es sei wichtig, dass sich der Verband auf seine Kernkompetenzen «Heilmittel und Ausbildung» konzentriere. «Nur so sind wir glaubwürdig, können mitreden und rechtzeitig auf die politischen und gesetzlichen Prozesse Einfluss nehmen und diese nach Möglichkeiten mitgestalten», betont Bangerter.

DER SDV KURZ ERKLÄRT

90 Prozent aller Betriebe sind Mitglied

Der Schweizerische Drogistenverband wurde 1898 in Olten gegründet und ist aus verschiedenen kantonalen Verbänden hervorgegangen. Heute sind 521 Drogerien in der Deutsch- und der Westschweiz Mitglieder der nationalen Branchenorganisation der Schweizer Drogerien – das sind fast 90 Prozent aller Schweizer Drogerien, allesamt KMU. Der SDV verankert die Drogerien in der Schweiz im Gesundheitswesen. Der Verband konzentriert seine Tätigkeiten auf die vier Geschäftsfelder Politik und Branche, Qualitätsmanagement, Aus-, Fort-, Weiterbildung und Sozialpartnerschaft sowie Medien und Kommunikation. Er bietet



Branche mit Zukunftspotenzial: «Fundierte Beratung und qualitativ hochstehende Produkte sind in der Selbstmedikation ein grosses Bedürfnis», freut sich SDV-Zentralpräsident Martin Bangerter (kleines Bild).

Eine lange Tradition im Drogistenverband hat der Einsatz für den Auf- und Ausbau der Heilmittelverkaufsrechte der Drogerien. «Wir möchten, dass den Drogerien diejenige Abgabekompetenz zugestanden wird, die ihrer Ausbildung entspricht. Deshalb müssen Drogerien endlich sämtliche Arzneimittel der Selbstmedikation abgeben dürfen», fordert Bangerter. «Wir tragen so zur hohen Verfügbarkeit dieser Medikamente bei, ohne dass bei der Sicherheit Abstriche gemacht werden. Allerdings lässt die Umsetzung dieser Absichten im neuen Heilmittelgesetz noch auf sich warten.» Ebenso stellt die Finanzierung der Höheren Fachschulen für den in der Aus- und Weiterbildung engagierten Verband eine grosse Herausforderung dar. Genauso wie die zunehmende Regulierungsdichte: «Immer mehr Bürokratie behindert unsere Berufsleute bei der Ausübung ihres Berufes massiv», so Bangerter.

Kommunikation zur Imagepflege

Von zentraler Bedeutung ist für den SDV die Kommunikation. Ein umfassender Verbund an gedruckten und elektronischen Medien ist für die Imagepflege des Verbandes und seine Mitglieder unerlässlich. Bekanntestes Medium des Drogistenverbandes ist die Zeitschrift Drogistenstern: Jede Ausgabe wird von über 900 000 Menschen in der Deutsch- und Westschweiz gelesen. Damit gehört das Kundenmagazin der Drogerien zu den reichweitenstärksten Schweizer Zeitschriften überhaupt. Der wöchentliche elektronische Newsletter d-mail für die Fachwelt und das Fachmagazin d-inside gehören weiter zum Medienverbund des SDV. Über die Gesundheitsplattform www.vitagate.ch informiert die Drogeriebranche jeden Monat fast 180 000 User über wichtige Gesundheitsthemen. Das Bedürfnis nach einer fundierten Beratung im Gesundheitsbereich sowie qualitativ hochstehenden Produkten und individuell hergestellten Heilmitteln liegt stark im Trend. Auch des-

halb habe die Drogeriebranche viel Zukunftspotenzial. «Unsere Branche ist am Puls der Zeit, wir nehmen neue Trends auf, verstehen es, Nischen zu nutzen und mit den Gegebenheiten des Marktes zu spielen», sagt Bangerter.

Corinne Remund

LINKS

www.drogistenverband.ch
www.vitagate.ch

AUSBILDUNG

90 Prozent sind Frauen

Die Schweizer Drogistinnen und Drogisten sind hervorragend ausgebildet und durchlaufen eine achtjährige Ausbildung, bis sie die Verantwortung für die selbständige Führung einer Drogerie übernehmen dürfen. Dies macht Sinn, denn kein anderer Beruf vereint so viele verschiedene Elemente in sich. Die Laufbahn des Berufsnachwuchses besteht aus einer vierjährigen Grundbildung, zwei Jahren Berufspraxis sowie einem zweijährigen Vollzeitstudium an der Höheren Fachschule in Neuchâtel. Dort schliessen jährlich zwischen 30 und 40 Drogistinnen und Drogisten ihre Ausbildung ab. 2013 haben rund 1000 Berufsleute die Grundbildung absolviert. Auffällig ist, dass sich in der Drogeriebranche besonders viele Frauen finden, die über eine höhere Fachausbildung Karriere machen, um dann ein eigenes Geschäft zu führen. Die Branche verfügt über genug Ausbildungsplätze. Dazu Martin Bangerter, Zentralpräsident Schweizer Drogistenverband: «Im Durchschnitt bildet jede Drogerie fast zwei Lernende aus. Dies zeigt das grosse Engagement dieser Branche in der Ausbildung.» Die Berufsleute sind zudem verpflichtet, sich anschliessend laufend fort- und weiterzubilden. CR

Ich brauche
ein Banking-Paket
für mehr
unternehmerische
Freiheit.



Die Bank für Unternehmer hilft Ihnen dabei.

Das Business Easy Paket bietet Ihnen alle wichtigen Produkte und Dienstleistungen für Ihren täglichen Bankverkehr – damit Sie sich voll und ganz auf Ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Nutzen Sie die Expertise Ihres Beraters oder kontaktieren Sie das Business Center unter der Gratisnummer 0800 88 88 71.

credit-suisse.com/businesseasypaket

weizer Augenoptiker – Schweizer Carrossier – Schweizer Auto
Schweizer Automobil-Mechatroniker – Schweizer Bäcker-Kon
seur – Schweizer Baumaschinenmechaniker – Schweizer Bau
Schweizer Haustechnikprodukte – Schweizer Plattenlegerpr
weizer Zeichner – Schweizer Betonwerker – Schweizer Fachr
ebsunterhalt – Schweizer Florent – Schweizer Florist – Sch
boden-Parkettleger – Schweizer Printmedienverarbeiter – Sch
assiste – Schw
bauer - assiste
weizer - Schwe
medie - weizer
stallat - matikm
weize - eit – S
mobil - weizer F
– Schw - eizer G
weize - – Schw
mann - echanik
weizer - weizer
Schw - eizer Me
trukte - ischfac



Ihr Schweizer Gewerbe
in-der-Schweiz-gekauft.ch

FINANZMARKT – Der Bundesrat hat mit der «Expertengruppe Brunetti II» ein Fachgremium zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie eingesetzt. Als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft war auch der Gewerbeverband im Gremium vertreten.

Und wo bitte bleiben die Kleinen?

Aymo Brunetti, Leiter der Expertengruppe: Trotz Fehlern ist der Bericht «Brunetti II» in manchen Punkten ausgewogen.



pe besprochen werden? Der sgv unterstützt eine Reform der Mehrwertsteuer; aber sie muss als Ganzes reformiert werden.

«DIE ANLIEGEN DER GROSSUNTERNEHMEN WERDEN IM BERICHT ZU STARK GEWICHTET.»

Steuern und Systemstabilität

Den Vogel vollends abgeschossen hat der Bericht dort, wo er das gesamte

Steuersystem in Frage stellt. Dass man Fremdkapitalschulden und ihre Zinsen von der Steuer abziehen kann, ist weltweite Praxis. Dass dieser Abzug verschiedene Funktionen hat, ist der Expertengruppe nicht aufgefallen. KMU brauchen Hypotheken beispielsweise für die Finanzierung von Erneuerungen und Expansionen. Privathaushalte benützen sie als Teil ihrer Altersvorsorge. Doch das analysiert die Expertengruppe schlicht nicht. Und diese Unterlassung ist auch der grösste Fehler im Schlussbericht.

Trotz diesen gravierenden Fehlern ist der Bericht «Brunetti II» in anderen Punkten ausgewogen. Doch man sollte sich nichts vormachen: Es handelt sich um regulatorische Stossrichtungen. Und deshalb fällt auf: Die Expertengruppe hatte vor allem Regulierungen vor Augen. Das zeigt sich am Fehlen jeglicher Vorschläge zur Liberalisierung und zum Abbau von Regulierungen.

Henrique Schneider,
Ressortleiter sgv

ANZEIGE



Josef Niederberger, Head of Finance & Administration, Storck (Schweiz) GmbH

«Weil man sich hier eher an Jahrzehnten als an Quartalen orientiert.»

Unsere Kundinnen und Kunden wissen genau, warum sie sich bei der Pensionskasse für die ASGA entscheiden. Zum Beispiel weil wir mit unserem unabhängigen Kapitalanlage-Management eine grundsätzliche Anlagestrategie verfolgen oder weil bei uns die Sicherheit der Vorsorgegelder unserer Mitglieder an erster Stelle steht. Möchten Sie mehr über die beliebteste Pensionskasse der Deutschschweizer KMU erfahren? Besuchen Sie uns im Internet auf asga.ch oder rufen Sie an: 071 228 52 52. Ganz einfach.

Der Schlussbericht der Expertengruppe ist nach Ansicht des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv keine Finanzmarktstrategie, weil die Schweiz keine sektoriellen Industriepolitiken hat – und auch keine haben soll. Jede Branche ist für ihre strategische Entwicklung selber zuständig. Der Bericht befasst sich mit den wichtigen operativen Fragen der künftigen Finanzplatz-Regulierung. Im Sinne dieser Präzisierung ist der Schlussbericht mit seinen Empfehlungen ausgewogen. Trotzdem sind einige Fehler und Einseitigkeiten vorhanden, diese gilt es nun zu durchleuchten.

Marktzutritt: Nicht das Gelbe vom Ei

Der Zutritt zum EU-Markt ist wichtig. Der Schlussbericht «Brunetti II» setzt dieses Thema als wichtigste Priorität. Das ist aus Sicht des sgv falsch. Denn für viele Inlandbanken und für den grössten Teil des KMU-Finanzplatzes ist dieser Zutritt von untergeordneter Bedeutung. Und er ist teuer, denn

letztlich würde er selbst eine neue Regulierungswelle bedeuten.

«DIE EXPERTENGRUPPE HATTE VOR ALLEM REGULIERUNGEN VOR AUGEN.»

Der sgv hat schon in verschiedenen Zusammenhängen eine differenzierte oder duale Regulierung vorgeschlagen. Sie würde jenen Finanzdienstleistern (primär den Grossbanken), die den Marktzugang benötigen, eine opt-in-Option anbieten. Bei Interesse können sich Institute dieser besonderen und EU-kompatiblen Regulierung unterstellen. Die anderen blieben alleine den Schweizer Gesetzen verpflichtet.

Reform Verrechnungssteuer: Lobby-Einzelanliegen

Die Expertengruppe «Brunetti II» äusserte sich auch zur Reform der Verrechnungssteuer. Doch statt sie in einen Gesamtzusammenhang zu stellen (Höhe des Steuersatzes, Rückerstattungspraxis, administrative Belastung), wird im Bericht lediglich ein partikuläres Anliegen der Grossunternehmen aufgegriffen. Diese fordern eine Änderung der Verrechnungssteuer auf Fremdkapitalerträgen.

So berechtigt dieses Anliegen sein kann: Warum muss es einzeln behandelt werden? Und warum muss dieses Bedürfnis der Realwirtschaft in einer Finanzmarkt-Expertengrup-

AEK 
BANK 1826

«Brunetti II» sorgt sich um die Grossbanken. Wo aber bleiben die Interessen der «Kleinen», wie etwa der Berner AEK Bank 1826?

Einfach ASGA 
PENSIONSKASSE

BERUFSBILDUNGSREFORM – Ständerat Ivo Bischofberger zum Bildungsartikel, zur Verbundpartnerschaft und zur Gleichwertigkeit in der Berufsbildung.

Konsequent weitergehen

«Wege entstehen, indem wir sie gehen», sagt eine tief sinnige Volksweisheit. Mit Blick auf den Bundeshaushalt ist in jüngster Zeit kein anderer Budgetposten so stark angewachsen wie jener für Bildung, Forschung und Innovation (BFI): In der Periode 2004–2007 beliefen sich die bundesseitigen Ausgaben dafür auf gegen 17 Milliarden, zwischen 2008 und 2011 auf über 21 Milliarden und in der laufenden Förderperiode 2013–2016 sind rund 26 Milliarden budgetiert. Dies notabene, ohne dass im Rahmen der Neustrukturierung des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) nach der Fusion von Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) und dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) in der Bundesverwaltung die Anzahl der Stellen im BFI-Bereich massiv gestiegen wäre.

Berufsbildung – eine gemeinsame Aufgabe

Was aber eine Neuorientierung mit sich brachte, ja im eigentlichen Sinne forderte, ist der von einer grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung unterstützte Bildungsartikel. So spricht die Bundesverfassung in Art. 61a eine klare Sprache, indem sie die gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung der allgemein bildenden und berufsbezogenen Wege betont. Überdies definiert Art. 1 des einschlägigen Gesetzes genau diese Berufsbildung explizit als Prinzip der Verbundpartnerschaft, worin die sich daraus konsequenterweise ergeben-



Es muss gemäss Ständerat Ivo Bischofberger weiter an der Berufsbildung gebaut werden und gerade bezüglich Gleichwertigkeit darf es kein Stehenbleiben geben.

den Aufgaben von den drei gleichwertigen Partnern – Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt – erledigt werden müssen. Dabei definieren Bund und Kantone die Rahmenbedingungen. Ihnen obliegen die strategische Steuerung und Entwicklung des Gesamtsystems bzw. die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen und die Aufsicht. Die Berufsverbände definieren die Lerninhalte sowie die Abschlussqualifikationen und beteiligen sich gemeinsam mit den Sozialpartnern, anderen zuständigen Organisationen und Anbietern der Berufsbildung an der Weiterentwicklung des Systems. Dieses duale Berufsbildungssystem gehört zum Erfolgsrezept unseres Landes

schlechthin. Darum ist eine leider immer wieder hochstilisierte Konkurrenzierung der Bildungswege völlig fehl am Platz. Im Gegenteil. Der ideale Mix unterschiedlicher Qualifikationen auf allen Stufen ist die grosse Stärke unserer Volkswirtschaft. Eines muss uns allen klar sein: Im Laufe einer klassischen Berufslehre oder einer akademischen Ausbildung wird erkennbar, ob der Beruf und der Mensch, der diesen erlernt, nicht zwei verschiedene Dinge sind, denn Berufsbildung – auf welcher Stufe auch immer – ist in Tat und Wahrheit vor allem auch Menschenbildung. Es gilt, den lernwilligen (jungen) Menschen in seiner Ganzheit und mit all seinen spezifischen Fähigkeiten zu

erkennen, zu fördern, aber auch zu fordern, mitdenken zu lassen und ihm Mitverantwortung zu übertragen. Nur so wird aus dem «Arbeiter» ein «Meister». Hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, ist aber ebenso verfassungsmässiger Auftrag, ist ebenso gesetzliche Pflicht und Schuldigkeit der politisch Verantwortlichen.

«EINE IMMER WIEDER HOCHSTILISIERTE KONKURRENZIERUNG DER BILDUNGSWEGE IST FEHL AM PLATZ.»

In diesem Sinne darf es auf dem Weg der gesellschaftlich gleichwertigen Anerkennung und entsprechenden grösstmöglichen materiellen Gleichbehandlung der allgemeinbildenden und berufsbezogenen Ausbildungswege jetzt kein Stehenbleiben geben. Gefordert ist das zuständige Departement, vor allem jenes neu organisierte Amt, welches in den vergangenen Jahren die Berufsbildungsreform zielstrebig verfolgte und der Berufslehre ganz allgemein zur heutigen bildungspolitischen Anerkennung verholfen hat. Dies gilt vor allem auch in der kommenden Zeit ... auch ohne speziellen Fokus auf ein spezielles «Jahr der Berufsbildung».

Ivo Bischofberger,
Ständerat (CVP/AI)

NACHWUCHSFÖRDERUNG – Der Stuckateur- und Gipserunternehmerverband Waldstätte (SGW) will die Jungen mit einem Berufspraxistag für ihr Handwerk und eine Berufslehre sensibilisieren.

Einfluss von Eltern und Lehrern

In vielen Bereichen des Schweizer Gewerbes besteht ein Mangel an Fachkräften. Besonders betroffen sind die Gipser. Der Stuckateur- und Gipserunternehmerverband Waldstätte (SGW) hat dazu Gegenmassnahmen ergriffen und einen Informations- sowie einen Berufspraxistag durchgeführt – mit Erfolg. Nachwuchsförderung ist in vielen handwerklichen Berufen ein grosses Thema, bleiben doch jedes Jahr etliche Lehrstellen unbesetzt. Beim Stuckateur- und Gipserunternehmerverband Waldstätte sind zurzeit 16 Ausbildungsplätze frei. «Es herrscht ein grosser Verdrängungskampf; die geburtenstarken Jahrgänge sind rückläufig, viele Junge streben Richtung Matura und das Handwerk leidet», bringt es Verbandspräsident Herbert Huwyler auf den Punkt. Diese Si-

tuation veranlasste ihn und seinen Vorstand, aktiv zu werden und eine Imagekampagne zu lancieren und die Nachwuchsförderung an die Hand zu nehmen. Dabei ging es, den kreativen und abwechslungsreichen Beruf bekanntzumachen und den jungen Menschen ein umfassendes Bild davon zu vermitteln.

«ES HERRSCHT EIN VERDRÄNGUNGSKAMPF, DAS HANDWERK LEIDET.»

Der Praxistag bei der Firma Halter & Colledani AG in Sarnen stiess mit 35 Jugendlichen und Lehrpersonen auf erfreulich grosses Echo. Im Zentrum stand der Austausch mit Lernenden,

Lehrmeistern und Architekten, vor allem aber die praktische Gipserarbeit. Dazu wurde beim Sarnen Traditionsunternehmen ein Kreativparcours mit sechs Stationen vorbereitet. Überall konnten die Teilnehmenden selbst Hand anlegen. Unter fachkundiger Anleitung brachten sie einen Grundputz mit der Maschine auf, montierten Aussenwärmedämmung, übten sich im Deckenputz, stellten mit Alba-Vollgipsplatten nicht tragende Trennwände auf, errichteten Leichtbautrennwände bzw. -decken mit Metallunterkonstruktionen und gossen dekorative Gipsmodelle. Die Feedbacks aller Beteiligten waren durchwegs positiv. Curt Annen, Lehrlingsverantwortlicher bei Halter & Colledani AG, ist überzeugt, «dass vor allem das praktische Anpacken sehr gut angekommen ist». Dies bestätigt auch Herbert Huwyler: «Die Teilnehmer haben viel gelernt und hatten Spass.»

Einblick in die Praxis

Am Nachmittag standen ein Imagefilm mit Beruf und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie zwei Referate auf dem Programm. Anschliessend zeigte der ETH-Architekt Christoph Mathys in einer eindrücklichen Präsentation, welche Beiträge der Gipser zu einem attraktiven Gebäude leistet. Letzter sei ein sehr schöner Aspekt

an ihrem Beruf, schloss der Verbandspräsident die fachlichen Ausführungen: «Überall, wo wir unterwegs sind, begegnen wir unseren Werken und sehen, was wir gemacht haben.»

«WIR WOLLEN ELTERN UND LEHRER FÜR UNS GEWINNEN.»

Ein wichtiges Ziel wurde mit dem Praxistag erreicht: Der Verband konnte nachhaltig über den Gipserberuf informieren und den Jugendlichen ein positives Bild vermitteln. Bereits im Laufe des Tages hatten sich zwei Schüler gemeldet und erkundigten sich nach einer Schnupperlehrstelle. Herbert Huwyler will auf den erfolgreichen Start aufbauen und erreichen, dass die Schlüsselpersonen besser über seinen Beruf Bescheid wissen: «Wir haben gesehen, dass Lehrer und Eltern die grössten Beeinflusser sind. Deshalb werden wir versuchen, dort anzusetzen und diese für uns zu gewinnen.»

Sonja Hablützel

LINKS

www.sgw-verband.ch
www.facebook.com/pages/GIPSER-Die-Spitzensportler-am-Bau

KORRIGENDUM

Höhere Berufsbildung aufwerten

In der Gewerbezeitung vom 12. Dezember 2014 ist uns im Interview mit dem Berufsbildungsexperten Rudolf Strahm ein inhaltlicher Fehler unterlaufen. Im **Lead** sollte es (statt Fachhochschul-Absolventen) richtig heissen: «Mit seinem neuen Buch stärkt der Bildungsexperte das Selbstbewusstsein der Berufsbildungsszene und zeigt auf, wie sehr die Schweiz Absolventen der Höheren Fachschulen und der Höheren Berufsbildung braucht.»

In den **Quotes** machte Strahm ebenfalls Aussagen zu Absolventen der Höheren Fachschulen und der Höheren Berufsbildung, nicht zu Fachhochschul-Absolventen. Wir entschuldigen uns für diese Missverständnisse.

Detaillierte Informationen zum Thema sind nachzulesen in Rudolf Strahms neuem Buch «Die Akademisierungsfalle – Warum nicht alle an die Uni müssen».

LINKS

www.help-verlag.ch
www.facebook.com/helpverlag
www.twitter.com/helpverlag

NAMENSÄNDERUNG

Neu: Technische Fachschule Bern

Die Lehrwerkstätten Bern laufen neu unter dem Namen Technische Fachschule Bern. Die Vollzeitschule bildet in den vier Berufsfeldern Elektronik/Informatik, Innenausbau, Maschinenbau und Metalltechnik über 500 Lernende aus. Letztes Jahr feierte sie das 125-Jahr-Jubiläum.



Das neue Logo setzt sich aus allen vier Teilen der «Technischen Fachschule Bern» zusammen: Elektronik-Informatik, Innenausbau, Maschinenbau und Metalltechnik. Durch die markante Aussenschrift wird eine Einheit hergestellt. Die Kombination der Initialen «T» und «F» entsteht.

LINK

www.tfbern.ch

QUALITÄTSLABEL

Auszeichnung für Baukaderschule Burgdorf

Die Baukaderschule hat mit dem Erlangen des eduQua-Zertifikates einen Meilenstein erreicht. Das schweizerische Qualitätslabel für Weiterbildungsinstitutionen zeichnet nicht nur die fachlichen, pädagogischen und methodischen Qualifikationen der Baukaderschule Burgdorf aus, sondern verpflichtet ebenso, die Qualitätsstandards kontinuierlich weiter zu verbessern. Die Schule besteht seit 1971 und ist schweizeit die einzige berufsbegleitende Baukaderschule.

LINK

www.kbb-bern.ch

AGVS

Für WorldSkills 2015 qualifiziert

Der Automobil-Mechatroniker Jean Trotti gewinnt nach den SwissSkills Ende September nun auch den 5-Länder-Cup in Südtirol und sichert sich damit die Teilnahme an den Berufsweltmeisterschaften 2015 im brasilianischen São Paulo. Der 21-Jährige aus dem Kanton Freiburg setzte sich dabei gegen Kandidaten aus Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und Südtirol klar durch. Die Schweizer Kandidaten gewannen bereits an den Berufs-Weltmeisterschaften 2011 in London den Weltmeistertitel sowie 2013 in Leipzig die Bronzemedaille.

LINK

www.agvs.ch

Erfolgreicher Berufspraxistag: Der Stuckateur- und Gipserunternehmerverband Waldstätte (SGW) will die Attraktivität des Gipser- und Stuckateur-Berufes bei jungen Menschen in der Zentralschweiz fördern.



AKTUELL

Schweizer Arbeitsmarkt zeigt sich 2014 stabil

Auf dem Schweizer Arbeitsmarkt hat die Arbeitslosenquote im Jahr 2014 bei 3,2 Prozent stagniert. Dies belegen die Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO. Lediglich 240 Personen mehr als im Vorjahr waren Ende 2014 arbeitslos. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit lag bei 6,5 Monaten. Die Jugendarbeitslosigkeit lag bei 3,2 Prozent und somit wieder auf dem Niveau der Jahre 2011 und 2012. Für 2015 wagt das SECO die Prognose, dass die Arbeitslosenquote auf 3 Prozent sinken wird – allerdings sei in den nächsten paar Monaten mit einem leichten Anstieg zu rechnen. Erwerbstätige könnten damit rechnen, ihre Stelle zwar schneller zu verlieren, dafür aber auch wieder rascher einen Job zu finden. Aus saisonalen Gründen stieg denn auch die Arbeitslosenquote im Dezember 2014. Im Unterschied zum November waren 147 369 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV eingeschrieben. Die Quote stieg damit von 3,2 auf 3,4 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit erhöhte sich um 3 Prozent auf 19 161. Insgesamt wurden im Dezember 2014 203 926 Stellensuchende registriert.

LINK

www.seco.admin.ch

Freundliche Konjunkturaussichten für 2015

Die Schweizer Konjunktur blieb 2014 solide aufwärtsgerichtet. Allerdings signalisieren die Stimmungsindikatoren der letzten Monate eine gestiegene Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung. Dies belegen Studien der Expertengruppe des Bundes. Trotzdem



schätzt sie die schweizerischen Konjunkturperspektiven für 2015 und 2016 weiterhin als relativ freundlich ein. So soll sich das Wachstum von 1,8 Prozent im Jahr 2014 auf 2,1 Prozent im Jahr 2015 sowie 2,4 Prozent im Jahr 2016 beschleunigen. Die konjunkturelle Verbesserung dürfte, so sagt es das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, auch den Arbeitsmarkt erfassen und die Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent im Jahresdurchschnitt 2014 auf 3,0 Prozent im Jahr 2015 und 2,8 Prozent im Jahr 2016 sinken lassen.

LINK

www.seco.admin.ch

LEISTUNGEN FÜR ARBEITGEBENDE



Die folgenden RAV-Dienstleistungen sind nicht nur für Stellensuchende, sondern ebenso für Arbeitgebende gratis abrufbar:

- Vermittlung von Stellensuchenden
- Schnelle und professionelle Vorselektionierung geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten
- Beratung in arbeitsmarktlichen Belangen
- Einfaches Verfahren zur Meldung offener Stellen
- Aufnahme der Stellen in die gesamtschweizerische Datenbank der RAV sowie auf Wunsch in SSI und/oder Teletext/www.treffpunkt-arbeit.ch
- Zusammenarbeit mit privaten Stellenvermittlern

Die Adressen der RAV findet man:

- im Internet unter www.treffpunkt-arbeit.ch
- unter Teletext, SF2, Seite 430 ff.
- bei der Gruppe Vollzugsunterstützung (Ressort Steuerung + Grundlagen) des Staatssekretariats für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung (SECO), Holzkofenweg 36, 3003 Bern, Tel. 058 465 32 64

RIESCO – Seit 2007 unterstützt der Lehrgang anerkannte Flüchtlinge dabei, im Schweizer Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Drei Viertel von ihnen finden nach dem Abschluss eine Stelle.

Ein Gewinn für alle

Zwölf Monate praxisbezogene Ausbildung mit fachbezogenem Sprachunterricht und Praktika im ersten Arbeitsmarkt, zum Abschluss ein landesweit gültiges Zertifikat, das den Weg zu einer Stelle und zur beruflichen Grundbildung öffnet: So lautet, kurz gefasst, das RIESCO-Konzept. Durchgeführt wird der Lehrgang von Hotel & Gastro formation, Expertinnen- und Expertenorganisation der Sozialpartner in Gastgewerbe und Hotellerie.

Die so genannte Flüchtlingslehre vermittelt Fachwissen sowie die Werte der hiesigen Arbeitswelt wie Leistungsansprüche oder Pünktlichkeit. Dazu kommt ein branchenspezifischer Deutschunterricht. Ausschlaggebend für den Erfolg sind zwei Praktika in Unternehmen. Diese lernen potenzielle Arbeitskräfte

kennen und schätzen, wie Patric und Susanna Graber-Ulrich vom Hotel Waldstätterhof Luzern bestätigen: «Die positiven Erfahrungen haben dazu geführt, dass wir in diesen Jahren mehrere RIESCO-Absolventen angestellt haben, gegenwärtig sind es sechs.»

Nachhaltige Integration

Der Pilotlehrgang in der Gastronomie wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration 2006 im Kanton Luzern durchgeführt. Inzwischen ist RIESCO-Gastronomie dort und auch im Kanton Zürich etabliert; die Teilnahme wird von den Kantonen finanziert.

Bis heute haben 200 anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (Ausweis F), die zwischen 18 und 52 Jahre alt waren, diesen Lehrgang

abgeschlossen. Durchschnittlich 75 Prozent haben danach eine Stelle gefunden. Sie haben die Möglichkeit, sich berufsbegleitend mit der Basisqualifikation Progresso (für Küche, Service oder Hauswirtschaft) weiterzubilden, um anschliessend in eine EBA- oder EFZ-Lehre einzusteigen.

Schrittweise zum Berufsabschluss

Diese Möglichkeit illustriert David Scheidegger, Vizedirektor und Personalchef im Hotel Storchen Zürich mit einem Beispiel. Er hatte einen Flüchtling nach dem RIESCO-Abschluss als Hilfskoch befristet angestellt. Aufgrund der guten Leistungen versetzte er ihn dann mit einer unbefristeten Festanstellung in die Hauptküche: «Der Hilfskoch konnte sich fachlich sehr gut weiterentwickeln und nimmt

inzwischen am Progresso-Lehrgang Küche teil. So ermöglichen wir ihm eine stete Ausbildung im Küchenbereich.»

2013 wurde in Winterthur zusätzlich zum Küchenbereich die RIESCO Gebäude- & Automobiltechnik lanciert. Hier sind die Lerninhalte darauf ausgerichtet, den Einstieg in eine EBA- oder EFZ-Lehre zu erleichtern. Die Strategie ist erfolgreich. Die Firma Steger AG war mit ihrem erwachsenen Praktikanten mehr als zufrieden: «Wir sind von der Entwicklung von Herrn T.G. positiv überrascht», erklärte Daniel Oberli im Frühjahr 2014. Der Flüchtling hat inzwischen seine Lehre als Heizungsinstallateur EFZ begonnen. Ähnlich tönt es bei der Max Waldvogel AG, die ihrem Praktikanten eine Lehrstelle als Haus-technikpraktiker EBA anbot.

Versuch wagen – und gewinnen

Die Unternehmen loben die Motivation, Einsatzbereitschaft und die Lernwilligkeit der Flüchtlinge. «Wir sind», so Eva Heidenreich von Thessoni classic&home in Zürich, «stolz darauf, dass wir zwei sehr gute, treue und sehr loyale Mitarbeiter einstellen konnten.» Anzufügen bleibt, dass es für den Erfolg auch die Bereitschaft der Unternehmen braucht, sich auf das Experiment einzulassen und einem Flüchtling einen Praktikumsplatz anzubieten. Denn nur so gewinnen beide Seiten: Die Arbeitgebenden finden gute Mitarbeitende, die Mitarbeitenden können ihr Potenzial unter Beweis stellen.

Heinz Gerig, RIESCO-Projektleiter Hotel & Gastro formation

LINK

www.hotelgastro.ch



Die RIESCO-Flüchtlingslehre umfasst mehrere Punkte: Zwölf Monate praxisbezogene Ausbildung mit fachbezogenem Sprachunterricht, Praktika im ersten Arbeitsmarkt und ein landesweit gültiges Zertifikat.

FÜHRUNG – Eine gute und offene Kommunikation in Unternehmen ist unumgänglich auch für gutes Arbeitsklima. Deshalb muss die Führung kompetent und überzeugend handeln.

Chefs beeinflussen Zufriedenheit

Führungskräfte haben einen starken Einfluss auf den Arbeitsalltag ihrer Mitarbeitenden. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Studie «Schweiz führt?!», in der die Führungsqualität in Schweizer Unternehmen unter die Lupe genommen wurde. 78 Prozent der Mitarbeitenden gehen davon aus, dass ihre Vorgesetzten eine grosse Rolle bezüglich ihrer Jobzufriedenheit einnehmen. Auch Führungskräften und HR-Verantwortlichen ist dies bewusst: Hier sehen knapp 87 respektive 92 Prozent einen direkten Zusammenhang zwischen Führung und Jobzufriedenheit. Das hat insbesondere bei schlechter Führung, die zu Kündigungen führt, erhebliche Folgen: Stellen müssen nachbesetzt werden, Arbeit bleibt liegen, die Unternehmensperformance leidet.

Offene Kommunikation als Hauptsache

Wie wichtig eine gute Kommunikation in KMU ist, zeigen auch folgende Zahlen: Während 94 Prozent der Führungskräfte angeben, dass sie klare Ziele definieren, kommt dies nur bei 42 Prozent der befragten Mitar-

beitenden so an. Fast 84 Prozent der Führungskräfte sind der Ansicht, ihren Mitarbeitenden Rückmeldung zu ihren Leistungen zu geben, aber nur 28 Prozent der Mitarbeitenden nehmen das so wahr. 14 Prozent der Mitarbeitenden geben sogar an, nie Feedback zu erhalten. Einigkeit hingegen herrscht insbesondere im Hinblick auf Werte, denen eine gute Führungskraft Folge leisten sollte. Dazu gehören bei Mitarbei-

ten, Führungskräften und HR-Fachleuten «die Initiative der Mitarbeitenden fördern», «Orientierung und Sinn geben» und «für Stabilität sorgen». Ebenso teilen die drei Befragtengruppen beim Thema Führungsaufgaben weitgehend die gleiche Auffassung. «Klare Ziele formulieren», «Entscheidungen treffen», «Kommunikation leben» und «Mitarbeitende fördern» stehen hoch im Kurs. «Was es heute braucht, sind nicht zwangsläufig cha-

Sie hat gut lachen: Die Initiative der Mitarbeitenden fördern, Orientierung und Sinn geben sowie für Stabilität sorgen. Das sind Werte, denen eine gute Führungskraft in KMU nachleben sollte. So steigt nachweislich auch die Zufriedenheit der Mitarbeitenden.



DIE STUDIE

Die Befragung zur Studie «Schweiz führt?!» lief von März bis Juni 2014 und wurde in den Sprachen Deutsch, Französisch und Englisch durchgeführt. Insgesamt nahmen knapp 2700 Mitarbeitende, Führungskräfte und HR-Fachleute teil. Rund 94 Prozent der Befragungsteilnehmer kamen aus der deutschsprachigen Schweiz.

rismatische, sondern zuerst einmal kompetente, überzeugende Führungskräfte, die Ziele gemeinsam mit ihren Mitarbeitenden erreichen können. Es kommt also auf die HR-Fachleute und Geschäftsführer an, notwendige Massnahmen umzusetzen», kommentiert

Claudia Conrads, Studienleiterin und Beraterin Information Factory.

LINK

www.information-factory.com

KF-PULSMESSER – Neben hohen Gesundheitskosten, Überregulierung sowie den Billaggebühren haben die Schweizer Konsumenten auch Angst vor einer Preissteigerung im Service Public.

Billag bereitet Sorgen

Kopfzerbrechen in Schweizer Haushalten: Handyabonnemente werden vermehrt nur noch für zwei Jahre Mindestdauer angeboten, diverse Poststellen in unterschiedlichen Gemeinden werden geschlossen und Bahnбилlette werden teurer. «Die Konsumentinnen und Konsumenten erleiden regelrecht einen Kaufkraftverlust: 2014 sind die Bahntickets bei der SBB um 2,3 Prozent gestiegen – so viel steigt kaum ein Lohn. Zudem erkennen die Kunden oft keinen geschaffenen Mehrwert», sagt Patrick Hirschler, Kommunikationsverantwortlicher beim Konsumentenforum kf. Neben der allgemeinen Preissteigerung im Service Public bereiten den Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten vor allem auch hohe Gesundheitskosten, Alkoholmissbrauch und Gewaltbereitschaft der Jugend, Überregulierung, die Einschränkung beim Konsum, restriktive Ladenöffnungszeiten sowie die Billaggebühren Sorgen. Das zeigt der aktuelle Pulsmesser, welchen das Konsumentenforum kf an seiner Jahresmedienkonferenz in Bern präsentierte.

Konsumenteninteressen vertreten

Das kf wird sich deshalb intensiv mit der neuen Billag-Mediensteuer auseinandersetzen und das Komitee zur «No Billag»-Initiative immerhin kommunikativ unterstützen. «Wir werden versuchen, die Konsumentinnen und

Konsumenten zu sensibilisieren und sie zu mobilisieren», sagt Babette Sigg, Präsidentin des kf. Die Tatsache, dass neu jede natürliche Person die Gebühr bezahlen solle – auch wenn das Angebot nicht genutzt werde, empfänden die Konsumenten als ungerecht.

Konsumenten mündig genug

Im Gegensatz zum liberalen Konsumentenforum besticht die Stiftung für Konsumentenschutz SKS in letzter Zeit oft mit Negativschlagzeilen: Obschon sie vom Bund fast eine halbe Million Steuergelder kassiert, betreibt sie nicht objektive Informati-

onsarbeit, sondern für Konsumenten häufig fragwürdige linke Propaganda. Häufig werden dabei die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten den politischen Interessen der SKS schamlos untergeordnet. Beispiele dafür sind neben Abgaben auf Plastiksäcken auch von der SKS geforderte Beipackzettel mit Rohstoffdeklarationen auf Lebensmitteln. «Der Pulsmesser zeigte eindeutig, dass die Befragten nicht finden, zu wenige Informationen für einen Kaufentscheid zu haben», stellte Sigg erfreut fest.

«Genuss und Konsum»

Der Vorstand des kf präsentierte vor den Medien zudem sein neues Fokusthema. «In den nächsten zwei Jahren wollen wir uns vermehrt mit «Genuss und Konsum» auseinandersetzen – zwei Themen, die in der Öffentlichkeit leider zunehmend stigmatisiert werden», erläuterte Sigg. Das Ziel sei nun zu zeigen, dass es sehr wohl möglich sei, gleichzeitig vernünftig und genussvoll zu konsumieren. Das passe auch zum Thema Nachhaltigkeit, welches weiter im Fokus des kf bleibe. *Stéphanie Jenzer*

LINK

www.konsum.ch

MEHR ZUR NEUEN
BILLAG-MEDIENSTEUER
SEITE 3



Da graut es den Schweizerinnen und Schweizern: Die neue Billag-Mediensteuer bereitet ihnen grosses Kopfzerbrechen.

KMU & FINANZEN

Nachhaltigkeit – Vorgehen für Unternehmen



Plutarch Chiotopoulos,
Redaktor Marketing
& Kommunikation,
Graubündner
Kantonalbank

Nachhaltigkeit in Unternehmen ist kein kurzfristiger Modetrend, sondern das dominierende Thema der nächsten Jahre. Es bedeutet weit mehr als blosses Beachtung ökologischer Aspekte im Arbeitsalltag. Vielmehr geht es um die langfristige Existenzsicherung und Weiterentwicklung eines Betriebes. Dies bedingt grundlegende Veränderungen in den Anforderungen an die jeweilige Firma. Sie muss ihre Wertschöpfungskette hinterfragen und an die neuen Ansprüche anpassen. Damit eröffnet sie sich Wettbewerbsvorteile in Märkten, wo der Wettbewerb über Nachhaltigkeit und Verantwortung ausgetragen wird. Sowohl grosse Firmen als auch KMU können diese Herausforderungen als Chance annehmen und aktiv nutzen.

Verantwortung im Alltag leben

Ein solch kompetitives Umfeld fordert die Betriebe heraus, ihre Werte und ihre Verantwortung für das Gemeinwohl, für Umwelt und Soziales im Alltag zu leben und zu dokumentieren. Nachhaltigkeit im Berufsalltag kann letztlich nur gelebt werden, wenn Mitarbeitende die Nachhaltigkeitsstrategie ihres Unternehmens kennen und mittragen. Nachhaltiges Handeln beruht sich stets auf eine längerfristige Planung. Unternehmer übernehmen damit die Verantwortung dafür, dass ihre Firmen auch in Zukunft lebensfähig bleiben.

Viele KMU sind aber schon heute nachhaltig: Gerade Familienunternehmen agieren in ökonomischer Hinsicht häufig schon deshalb nachhaltiger als Grossunternehmen, weil ihre Ressourcenplanung in vielen Fällen mit Blick auf die nachfolgende Generation erfolgt. Damit betreiben viele KMU bereits eine nachhaltige Entwicklung, ohne sich dessen bewusst zu sein. Im Gegensatz zu Grosskonzernen spielen zudem für viele KMU kurzfristiges Gewinnstreben oder Standortverlagerungen eine eher untergeordnete Rolle. Hier zählen Verbundenheit zum Unternehmen, Verankerung in der Region und Verantwortung zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit dieser regionalen Verankerung sind KMU in grösserem Mass vom Erfolg und der Leistungsfähigkeit ihrer Region abhängig.

Kostenloser Nachhaltigkeitscheck

Immer mehr KMU haben die Vorteile einer nachhaltigen Unternehmensführung erkannt. Sie tun sich hingegen schwer damit, ihre Nachhaltigkeitsleistungen einzuschätzen. Einen kostenlosen Einstieg ins Thema ermöglicht die Internetplattform www.proofit.ch. Sie bietet relevante Informationen und praxisnahe Effizienzchecks.

Wer sich zudem mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandersetzt, stösst früher oder später auf den international anerkannten GRI-Standard (Global Reporting Initiative), welcher heute auch bei der Graubündner Kantonalbank Anwendung findet. Er bringt Unternehmen dazu, zur wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit selbstkritisch Stellung zu nehmen. Dabei wird klar: Nachhaltiges Verhalten ist mehr als gelebtes Umweltbewusstsein. Es bedeutet, unternehmerisch auch sozial und wirtschaftlich so zu handeln, dass es künftige Generationen nicht schädigt, sondern unterstützt. GRI hilft, genau diesen Dialog in einem Unternehmen bewusst – und damit effizient und effektiv – zu führen.

VERSICHERUNGSRATGEBER – Nicht nur uns Menschen tut die Kälte nicht gut, auch Gebäuden schadet sie. Heizungen steigen aus und oft entstehen Frostschäden. Wie sind diese gedeckt?

Schnee, Eis und klirrende Kälte

B.S. aus L.: «Nach Weihnachten hatte eine eisige Kälte die Schweiz im Griff – leider auch meinen kleinen Restaurationsbetrieb. Das gemietete Lokal bleibt jeweils am Wochenende bis Montag geschlossen. Obwohl die Heizung auch übers Wochenende reduziert eingestellt blieb, sind die Leitungsrohre eingefroren. Sofort musste ich das Nötige organisieren und provisorische Heizungslüfter besorgen. Zusammen mit dem Vermieter habe ich Kontakt mit der kantonalen Gebäudeversicherung aufgenommen. Nun will diese die Auslagen für Reparaturen und Heizungslüfter nicht erstatten. Sie macht geltend, dass es sich bei Frostschäden nicht um ein versichertes Elementarereignis handelt – ist dies korrekt?»

Sehr geehrte Frau S.: Der Bescheid der Gebäudeversicherung ist vollkommen korrekt. Obwohl ein Frostschaden oft fälschlicherweise als versich-

ertes Elementarereignis betrachtet wird, gilt er in versicherungstechnischer Hinsicht gemäss Gesetz und Bedingungen nicht als Elementarereignis. In den Deckungen für Elementarschäden in der Schweiz werden sowohl bei den kantonalen Anstalten als auch bei den privaten Gebäudeversicherungen (private Versicherungen bieten Elementarschadenversicherungen an, wo keine Monopolversicherung besteht – in Genf, Uri, Schwyz, im Tessin, Appenzell Innerrhoden, im Wallis und Obwalden) unter Elementarschäden folgende neun Ereignisse verstanden: Hochwasser, Überschwemmung, Sturm, Hagel, Lawinen, Schneedruck, Felssturz, Steinschlag und Erdbeben.

Zuständig ist die Gebäudewasser-Versicherung

Wenn Ihr Vermieter als Eigentümer der Liegenschaft eine Gebäudewasser-Versicherung bei einer privaten

Versicherungsgesellschaft abgeschlossen hat, entstehen trotzdem keine ungedeckten Auslagen. Denn diese Versicherung übernimmt die Kosten für das Auftauen gefrorener Wasserleitungen und für die Reparatur der durch Frost beschädigten Wasserleitungen. Der Vermieter kann in seiner Gebäudewasser-Versicherung auch einen Mietertragsausfall mitversichern, sodass entgangene Mietzinseinnahmen gedeckt wären. Ihre Aufwendungen für den provisorischen Heizungslüfter können im Sinne von Schadenminderungskosten durch die Gebäudewasser-Versicherung übernommen werden.

Lokal muss benutzt werden können

In den Mietverträgen ist üblicherweise geregelt, dass der Vermieter das Objekt in «gebrauchsfähigem Zustand» halten muss. Selbstverständlich gehört ein funktionierendes Heizungssystem dazu. Damit muss der Vermieter für Reparaturen der Heizungsanlage aufkommen. Allerdings werden die Mieter in Verträgen oft dazu verpflichtet, für die Heizung einen Servicevertrag abzuschliessen. Kommt der Mieter dieser Pflicht nicht nach, kann ihm im Schadenfall ein gewisses Mitverschulden angelastet werden. Prüfen Sie Ihren Mietvertrag, um die Sachlage besser beurteilen zu können.

Sofern keine vertragliche Regelung greift, sind gemäss Obligationenrecht (OR) zwei Möglichkeiten zu berück-



Mobilien-Experte
Fürsprecher
Laszlo Scheda
kann auf eine
rund 25-jährige
Erfahrung
in der Versiche-
rungsbranche
zurückblicken
und ist auf den
KMU-Bereich
spezialisiert. Fragen sind zu richten an:
laszlo.scheda@mobi.ch.

sichtigen, die eine Haftung des Vermieters oder des Gebäudeeigentümers begründen können: Die Verschuldenshaftung oder die Haftung des Werkeigentümers. Wer eine Verschuldenshaftung gemäss Art. 41 OR geltend machen will, müsste ein Verschulden etwa aus fehlerhafter Manipulation der Heizung oder vernachlässigtem Unterhalt beweisen. In Ihrem Fall dürfte dies z.B. bei einer fehlenden Wartung oder unterlassener periodischen Reinigung der Heizungsanlage erfüllt sein. Demgegenüber präsentiert sich die Haftung des Werkeigentümers anders. Als Kausalhaftungstatbestand haftet der Werkeigentümer bereits, wenn eine Schädigung die Folge eines Werkmangels ist. Damit können Sie die Auslagen für die provisorischen Heizungslüfter dem Vermieter überbinden, wenn die Gebäudewasser-Versicherung diese Kosten ablehnen sollte.



Die Eiseskälte schadet unseren Häusern: Heizungen steigen aus, Frostschäden sind die Folge. Zuständig ist hier die Gebäudewasser-Versicherung.

TRIBÜNE

Eine verantwortungslose Energiewende

Ist die von der erweiterten linksgrünen Koalition und opportunistischen Subventionsjägern veranlasste Energiewende «der wirtschaftspolitische Jahrhundertfehler»? Diese brisante Frage stellt die umfangreiche und unabhängige multidisziplinäre Studie «Energiesstrategie 2050: Eine institutionelle und ökonomische Analyse» unter der Leitung der Ökonomen Silvio Borner (Universität Basel) und Bernd Schips (ETHZ) mit Beteiligung des Liberalen Instituts (abrufbar auf www.libinst.ch). Angesichts des Zeithorizonts des energiepolitischen Vorhabens bis 2050 ist die Jahrhundertbezeichnung nicht übertrieben. Ist die Energiewende allerdings ein Fehler?

Die Autoren analysieren die technische, ökonomische und institutionelle Machbarkeit der Energiewende und kommen zum Schluss, dass die Energiesstrategie 2050 auf lückenhaften oder wissenschaftlich nicht fundierten Entscheidungsgrundlagen basiert. Ihre negativen Folgen – stark steigende Energiepreise und externe Kosten, sinkende Stabilität des Stromsystems, erodierende internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes – werden sich erst nach und nach zeigen, wenn der Systemumbau bereits weit fortgeschritten und aufgrund neuer Abhängigkeiten und irreversibler Investitionen nur noch zu horrenden Kosten zu korrigieren ist.



Pierre Bessard*
über die Konsequenzen der
«Energiesstrategie 2050».

Punktuelle Korrekturen an den Vorschlägen des Bundesrats würden daher lediglich darauf hinauslaufen, mit grossem Aufwand Probleme anzugehen, die ohne den grundsätzlichen Fehlentscheid der Energiewende gar nicht entstehen würden. Die Studie zeigt auf, dass der Einsatz von Photovoltaik, Windkraft und Geothermie Investitionen in Anlagen sowie systembedingte Zusatzinvestitionen in Netzausbauten, Netzerweiterungen und Speicher von deutlich über 100 Milliarden Franken erfordern würde. Diese durchaus vorsichtige Schätzung berücksich-

tigt, dass Solar- und Windstrom eine etwa zehn- beziehungsweise sechsmal höhere installierte Kapazität als Kernkraftwerke erfordern, um dieselbe jährliche Stromproduktion zu erbringen. Die Mehrbelastung der Verbraucher mit höheren Preisen und Abgaben lässt sich daran ermesen, dass Kernkraftwerke der jüngsten Generation zu einem Drittel dieser Investitionskosten möglich wären.

Zudem werden Sonne und Wind unter den klimatischen Bedingungen in der Schweiz auch langfristig nie marktfähig werden. Je mehr sie ausgebaut werden, desto geringer wird ihre Eigenwirtschaftlichkeit im ganzen Energiesystem. Statt einer schrittweise auslaufenden Anschubfinanzierung würde eine permanente Erhöhung des Subventionsbedarfs resultieren mit gravierenden Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit weiterer Energiequellen wie der Wasserkraft. In der Energiesstrategie 2050 werden auch die Beeinträchtigungen im Bereich des Naturschutzes oder um Lärm- und Schadstoffbelastungen durch Bau, Betrieb, Rückbau und Entsorgung von Anlagen. Solche Beeinträchtigungen könnten die Akzeptanz des geplanten Zubaus bei Betroffenen unterminieren und die Umsetzung der gesamten Strategie in Frage stellen. Dies ist keine Nebensache. Die Photovoltaikanlagen würden Dach- und Bo-

denflächen von bis zu 20000 Fussballfeldern belegen. Die Windenergie würde sich in einer Reihe auf 600 Kilometer ausdehnen. Die Kapazität der Pumpspeicherwerke müsste ungefähr verdoppelt werden. Doch all das wird im Paradigmenwechsel der Energiewende – weg von der bedarfsgerechten Befriedigung der Nachfrage, hin zur zwangsweisen Anpassung des Verbrauchs an ein beschränktes, hoch ineffizientes Angebot – gar nicht betrachtet.

Dass die Energiesstrategie des Bundesrates ein katastrophaler, rein emotionaler und ideologischer Fehlentscheid ist, steht ausser Zweifel. Ob der aktuelle parlamentarische Prozess den notwendigen Stopp und eine längere Reflexionsphase mit objektiven Analysen vor allem ökonomischer Konsequenzen und Optionen einleiten wird, bleibt vorerst fraglich. Die Konsequenzen der heutigen politischen Verantwortungslosigkeit müssten allenfalls künftige Generationen tragen, was auch ethische Fragen aufwirft und mindestens ein Referendum verlangen würde.

*Pierre Bessard ist Direktor des Liberalen Instituts in Zürich.

LINK

www.libinst.ch

Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgv decken.

AKTUELLER TEST – Die Grossraumlimousine von Mercedes-Benz heisst nicht mehr Viano, sondern V-Klasse. Wir sind die Version 250 CDI BlueTec gefahren und verraten, wo die Unterschiede zum Vito Kastenwagen sind.

Reisekomfort vs. Alltagstransporter

Bisher hiess die mittlere Transporterreihe bei Mercedes Vito und die für den Personentransport zuständige Version Viano. Die neue Generation heisst V-Klasse auf der einen und nach wie vor Vito auf der anderen Seite. Diese formale Trennung macht einen deutlicheren Unterschied zwischen Grossraumlimousine und gewerblichem Einsatzauto.

Als grösster Personenwagen unter den Mercedes will die V-Klasse künftig mit einer ganz besonderen Wertigkeit punkten. Sechs bis acht Sitze mit höchstem Reisekomfort zu verbinden, hat ein Innenraumkonzept mit Extravaganz hervorgebracht. Sind die Passagiersitze nach vorn gerichtet, ergibt sich ein Raumgefühl der Extraklasse. Werden die Sitze in der zweite Reihe gedreht und ein Tischchen hingestellt, steht einem währschaften Jass



Die neue V-Klasse von Mercedes-Benz verkörpert ein Segment, das es in dieser Form bisher nicht gegeben hat. Alle Raffinessen sind zu haben, die auch für die S-Klasse zur Verfügung stehen – aber mit mehr Raum.
Bilder: Christoph Jenny

WISSENSWERTES

Mercedes V-Klasse

Modell: Mercedes-Benz V-Klasse 250 BlueTec
Motor: 4-Zyl., 2143 ccm, Turbodiesel
Leistung (kW/PS): 140/190 bei 3500/min
Drehmoment (Nm): 440 Nm ab 1400/min
Kraftübertragung: 7-Gang automatisch/Vorderrad
Fahrleistungen: Spitze 206 km/h, 0-100 km/h 9,1 Sek.
Verbrauch (EU-Norm): 6,0 l/100 km, CO₂ 157 g/km
Masse (l × b × h): 5140 × 1896 × 2036 mm
Anhängelast: Gebremst 2500 kg
Laderaum: 6 Komfortledersitze in drei Reihen
Gesamtgewicht: 3050 kg
Preise (ab Fr.): 89 901.-; Testwagen 90 296.-

hinter verdunkelten Scheiben auch unterwegs nichts im Weg. Der Fahrer bemerkt im ersten Moment keinen Unterschied zu einer andern Mercedes-Limousine, ausser dass er etwas höher sitzt. Alle erdenklichen Komfortmerkmale sind in logischen Gruppen zusammengefasst, wobei neben den Rundanzeigen vor allem der tabletgrosse Monitor wichtig ist. Mit einem gut in der Hand liegenden «Joystick» können sämtliche Zusatzfunktionen abgerufen und gesteuert werden. Unser Begleiter war die Version mit 3,2 m Radstand und 5,14 m Länge.

Dazu gibt es noch eine kurze mit gleichem und eine längere Variante mit 3430 mm Radstand. Praktisch ist die aufklappbare Scheckscheibe, die als Option zu haben ist. Sie stellt eine obere Ladeebene zur Verfügung. Identisch sind beim Vito – er wird als Kastenwagen oder mit Verglasung ausgeliefert – bloss die Aussenmasse. Innen geht es deutlich einfacher zu und her.

Heck- oder Allradantrieb

Der 2,1-Liter-Turbodiesel nach Euro VI dient als Kraftquelle. Uns standen 190 PS und 440 Newtonmeter Dreh-

moment zur Verfügung. Die Topvariante besitzt das automatische 7G-Tronic-Plus-Getriebe, das einen exzellenten Reisekomfort ermöglicht. Im Testwagen wurde die Hinterachse angetrieben, doch bald wird auch eine 4Matic verfügbar sein. Den Topmotor gibt es im Vito auch; ebenfalls in den Leistungsstufen 163 und 136 PS. Darunter ist der 1,6-Liter CDI mit 88 oder 114 PS angesiedelt. Ein manuelles Sechsganggetriebe übernimmt die Kraftübertragung. Bei der V-Klasse ist es die Gesamtheit der eingesetzten Materialien, der Farben, der Bedienungsfreundlichkeit

sowie der sorgfältigen Verarbeitung, welche die Anmutung des Fahrzeuges bestimmen. Dazu gesellen sich weitgehende Sicherheitseinrichtungen inklusive Seitenwindassistent, die ein gutes Bauchgefühl hinterlassen.

Wo der Vito mit Ladekapazität und Nutzlast aufwartet, glänzt die V-Klasse mit Luxus und Limousinenfeeling.

Roland Hofer

LINK

www.mercedes-benz.ch

Herzstück des Gemeinschaftsstalls von Kurt Grünenfelder, Josef Broder und einem Kollegen ist ein Melkroboter. Die Energieanalyse der Cleantech Agentur Schweiz act zeigte lukrative Effizienzmassnahmen auf.



Foto: Henry Balaszekul

Überprüfung deckt Effizienzlücken auf

Ein moderner Stall ist auf viel Strom angewiesen. Die Energieanalyse des Gemeinschaftsstalls von Josef Broder und seinen beiden Kollegen in Sargans senkte den Strombedarf um zehn Prozent.

«Bis zu 30 Prozent des Stromverbrauchs von Antriebssystemen lassen sich durch technologische Effizienz einsparen», sagt Richard Phillips, Bereichsleiter Elektrische Antriebe beim Bundesamt für Energie. Schweizweit wären das rund zehn Prozent des gesamten Strombedarfs. Doch welche Elektromotoren sollen erneuert werden? Bei elektrischen Antriebssystemen ist die Entscheidungsfindung anspruchsvoll. Es genügt meist nicht, lediglich auf die effizientere Generation der sogenannten Premium IE3 Motoren zu wechseln. Denn oft liegt das Problem vor allem auch darin, dass zu grosse Motoren im Einsatz sind oder eine bedarfsgerechte Lastregelung fehlt. Angesichts der hohen Stromkosten lohnt es sich für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, dieses vielfältige Effizienzpotenzial genau unter die Lupe zu nehmen. Zudem bietet die öffentliche Hand mit verschiedenen Förderprogrammen finanzielle Anreize für Unternehmen, die ihre Motoren energetisch optimieren möchten.

Hohe Stromrechnung machte stutzig

Bei Kleinunternehmen ist eine umfassende Überprüfung meist nicht nötig – doch eine sorgfältige Energieanalyse zahlt sich selbst bei vielen KMU aus. 2014 entschloss sich daher der Landwirt Josef Broder aus Sargans, den zusammen mit zwei Kollegen betriebenen Gemeinschaftsstall unter die Lupe nehmen zu lassen. Das moderne Gebäude für 65 Milchkühe verfügt über einen Melkroboter, der rund um die Uhr ein-

satzbereit ist; auch die Fütterung des Kraftfutters erfolgt vollautomatisch. Doch die Stromrechnung von jährlich 10 000 Franken machte Broder stutzig und bewog ihn, mit Hilfe der Cleantech Agentur Schweiz act eine Analyse durchzuführen. Die Agentur unterstützt im Auftrag des Bundes Unternehmen beim Vollzug der Energiegesetzgebung.

Effizienz des Systems wird besser

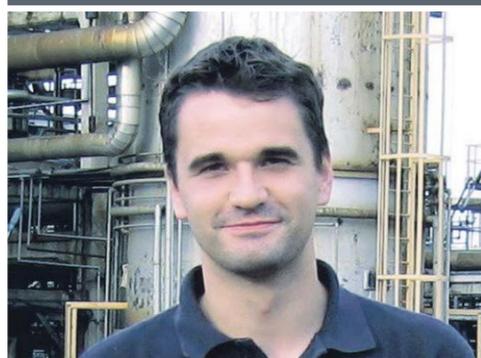
Weil die Maschinen des Gemeinschaftsstalls erst sieben Jahre alt sind, war an einen Ersatz des Melkroboters nicht zu denken. «Auch der Kompressor ist einigermassen effizient. Doch ein Problem war die Luftzufuhr», erzählt der bei act akkreditierte Energieberater Enrico Feurer. Denn der Maschinenraum war schlecht belüftet und somit überhitzt, weshalb die Druckluft mit viel Energie heruntergekühlt werden musste. Feurer empfahl deshalb, dass die Frischluft neu durch einen Ansaugstutzen aus dem Freien bezogen wird, was viel Strom spart. Eine zweite Effizienzmassnahme bestand darin, die zahlreichen kleinen Leckagen im weitverzweigten Druckluftsystem zu reparieren und damit die Verluste zu senken.

Isolation verbessert Wärmerückgewinnung

Die vom Melkroboter gewonnene Milch wird in einem auf vier Grad gekühlten Tank gelagert. Die Energieanalyse ergab, dass aufgrund der staubigen Umgebung der Rückkühler verstopft war und nicht seine volle Leistung erbringen konnte. «Eine sehr einfache Massnahme ist somit, das Gitter des Rückkühlers regelmässig zu reinigen», erklärt Feurer. Schliesslich motivierte er die Landwirte, die Leitung mit der Abwärme aus der Milchkühlung zu isolieren. Auf diese Weise kann mehr Wärme genutzt werden, um das Waschwasser für die täglich dreimalige Reinigung des Leitungssystems zu temperieren. Unter dem Strich dürften die geschilderten Massnahmen eine jährliche Stromersparung von zehn Prozent ergeben und sich bereits im ersten Jahr amortisieren. Die Energieanalyse habe das Bewusstsein fürs Energiesparen generell geschärft, erklärt Josef Broder: «Als es kürzlich darum ging, unsere Futtersilos mit elektrisch betriebenen Schneckengetrieben auszurüsten, haben wir uns auf das Nötigste beschränkt, statt eine grosse Anlage zu installieren.»

“Fast jeden Motor kann man effizienter machen.“

Enrico Feurer
Cleantech Agentur Schweiz act,
Ressortleiter Qualitätssicherung und Innovation



Was zeichnet effiziente elektrische Antriebe aus?

Ein Elektromotor sollte im System richtig eingesetzt werden. Als Energieberater untersuche ich, ob es einen Motor überhaupt braucht, ob er richtig dimensioniert ist und ob sich seine Betriebsdauer dem Bedarf anpassen lässt. Solche Systemoptimierungen sind wichtiger als die Energieklasse des Motors.

Bei welchen elektrischen Motoren lässt sich besonders viel Energie einsparen?

In Gebäuden brauchen Lüftungsanlagen viel Strom. Hier könnte man sparen, indem man die Betriebszeit dem effektiven Bedarf anpasst und die Zu- und Abluftmenge entsprechend reguliert. Auch ältere Umwälzpumpen brauchen unnötig Energie, weil sie rund um die Uhr auf einer hohen Drehzahl laufen – oft auch im Sommer.

Wie hoch schätzen Sie den Anteil effizienter elektrischer Motoren in Industrie und Gewerbe in der Schweiz ein?

Der Anteil ist ziemlich tief. Viele ineffiziente Motoren sind erst 10 bis 20 Jahre alt und somit noch lange nicht am Ende ihrer Lebensdauer. Doch auch bei diesen ineffizienten Geräten lassen sich mit einer bedarfsgerechten Steuerung die Stromkosten senken.

Besteht bei Industrie und Gewerbe ein Bewusstsein für die Beschaffung effizienter Elektroantriebe?

Leider selten. Elektromotoren sind langlebig und werden fast nie aus energetischen Gründen ersetzt. Ein neuer, effizienter Motor bedingt zudem oft neue Anschlüsse. Vor diesem Aufwand schrecken viele Unternehmen zurück. Über den tieferen Stromverbrauch lassen sich diese Kosten aber wieder einsparen.

Heisst das, dass ein besserer Motor allein den Betrieb noch nicht effizienter macht?

Nur zum Teil, deshalb geben wir uns damit noch nicht zufrieden: Bei unserer Energieanalyse untersuchen wir das Zusammenspiel des Motors mit der gesamten Technik. Häufig braucht es kleine zusätzliche Massnahmen, um die Effizienz signifikant zu verbessern. Dazu gehören massgeschneiderte Betriebstemperaturen, die effiziente Nutzung von Abwärme und das Vermeiden von Leerlaufzeiten.

Foto: zVg

**energieschweiz**
BERATUNG UND
VERNETZUNG

EnergieSchweiz ist die nationale Plattform, die alle Aktivitäten im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz koordiniert. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Bund, Kantonen, Gemeinden und zahlreichen Partnern aus Wirtschaft, Umweltverbänden und Konsumentenorganisationen sowie privatwirtschaftlichen Agenturen. EnergieSchweiz wird operativ vom Bundesamt für Energie geleitet.

www.energieschweiz.ch

TIPPS FÜRS STROMSPAREN BEI ELEKTROMOTOREN

☞ Beim Kauf eines neuen Elektromotors gilt es zu bedenken, dass der Stromverbrauch über die gesamte Nutzungszeit zehn- bis hundertmal mehr kostet als der Motor selbst. Die Investition in einen effizienten Motor zahlt sich somit garantiert aus.
☞ Bei allen elektrischen Antrieben, die seit über einem Jahrzehnt jährlich mehr als 1000 Stunden in Betrieb sind, lohnt sich eine Analyse.
☞ Viele Motoren sind überdimensioniert. Da der Wirkungsgrad bei zu geringer Auslastung schlecht ist, resultiert ein unnötig hoher Stromverbrauch. Nebenaggregate wie Keilriemen und Schneckengetriebe sind Stromfresser.

☞ Bei vielen Motoren fehlt eine bedarfsgerechte Steuerung. Sie sind während der ganzen Schicht in Betrieb, auch wenn ihr Einsatz nur sporadisch erfolgt.
☞ Über 90 Prozent der Motoren in der Industrie laufen permanent mit Nenndrehzahl. Diese Leistung braucht es jedoch nur selten. Ventilatoren und Pumpen brauchen einen lastgeregelten Betrieb.

www.topmotors.ch
www.prokilowatt.ch
www.act-schweiz.ch
www.enaw.ch